Nr. 77. Halle a. S., Dienstag den 31. März 1908. 19. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.89 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet wöchentlich 10 Pf., vierteljährlich 80 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die Mittagsnummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Von der preußischen Volksschule.

IV.

An Gründen für den Lehrermangel in Preußen fehlt es nicht. In erster Linie fällt die mangelhafte Besoldung ins Auge. Freilich wird jetzt von einer Aufbesserung der Lehrergehälter wie der Beamtengehälter überhaupt gesprochen; vorläufig aber ist der Gesetzentwurf auf den Herbst vertagt; erst sollen Beamte und Lehrer getreue Wahldienste tun — dann wird sich finden, was man in Preußen für sie übrig hat!! Energischer ist die Generalsynode mit der Gehaltserhöhung für die preußische Geistlichkeit vorgegangen — 15 Millionen Mark soll der preußische Staat den Pastoren zulegen; freilich bedarf es auch hier noch der Zustimmung des Landtags. Und doch sind die Lehrer so ungleich schlechter gestellt, als die Geistlichen. Vergleichen wir einmal die Festsetzungen der Mindestgehälter für Lehrer und Geistliche.

Es besteht das Mindestgehalt

	eines katholischen Geistlichen	eines protestantischen Geistlichen	eines Lehrers	einer Lehrerin
aus dem Grundgehalt von	1500 M	1800 M	900 M	700 M
und der Alterszulagen von	400 M in 4 Stufen v. 5 Jahren	600 M in 5 Stufen v. 5 Jahren	100 M in 9 Stufen v. 3 Jahren	80 M in 9 Stufen v. 3 Jahren
			Die erste Zulage nach 7 Jahren	
so daß der Mindesthöchstbetrag ist	3100 M nach 20 Jahren	4800 M nach 25 Jahren	1800 M nach 31 Jahren	1420 M nach 31 Jahren.

Eine Dienstwohnung wird bei den Lehrern ausdrücklich erwähnt; bei den Pfarrern gilt sie wohl als selbstverständlich. Bei den katholischen Geistlichen ist gegenüber den protestantischen darauf Rücksicht genommen, daß sie keine Familie begründen dürfen; das gleiche gilt wohl für die Lehrerinnen, so daß der Vergleich am besten zwischen den protestantischen Geistlichen und den Lehrern stattfindet. Da sehen wir, daß der Lehrer nach 31 jähriger Dienstzeit dort aufhört, wo der Geistliche mit Antritt seines Amtes beginnt, und doch ist die eigentliche Lehrzeit bei beiden nicht sehr verschieden; zu den acht Jahren Gemeindeschule treten bei dem Lehrer drei Präparanden- und drei Seminarjahre — gegen 12 Schuljahre und drei Universitätsjahre des Geistlichen; freilich wird der Geistliche nicht stets sofort eine Pfarre finden, dafür beträgt auch „die Besoldung der einstweilig angestellten Lehrer und Lehrerinnen, sowie derjenigen Lehrer, welche noch nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienst gestanden haben, ein Fünftel weniger als das Grundgehalt der betreffenden Schulstelle". Nun sind die in der Tabelle aufgeführten Sätze ja nur Mindestsätze, aber das statistische Jahrbuch von 1904 gibt uns die Durchschnittssätze für das Grundgehalt in den einzelnen Regierungsbezirken für das Jahr 1901; namentlich in den Regierungsbezirken des Ostens erhebt es sich auf dem Lande nicht weit über das Mindestmaß von 900 Mk.; wir finden für Königsberg 910, für Gumbinnen 902, für Köslin 904 Mk. angegeben; unter im ganzen 35 Bezirken finden sich 6 mit weniger als 1000 Mk., sämtlich östlich der Elbe; somit ist bewiesen, daß das Mindestgehalt häufig genug dem wirklichen Gehalt entspricht. Auf der anderen Seite bemüht sich die Regierung dort, wo die Gemeinden in besserer Würdigung der Verhältnisse die Lehrerbesoldung verbessern wollen, hemmend einzugreifen. Der Bremserlaß des verflossenen Studt vom Mai 1906 ist andauernd in Geltung; so beschlossen die städtischen Behörden in Schneidemühl einstimmig Gehaltsaufbesserungen für die städtischen Beamten und Lehrer; die königliche Regierung in Bromberg bestätigte die Erhöhung für die Beamten, lehnte sie aber für die Lehrer ab und Herr Holle, den man anrief, stimmte dieser Entscheidung zu!

Die Bewertung der Lehrer durch die Regierung zeigt sich auch bei anderen Gelegenheiten; so wurden in einem oberschlesischen Industriebezirk folgende Remunerationen für besondere amtliche Verdienste um das Deutschtum verteilt: an einen Gemeindevorsteher 500 Mark, an verschiedene Aerzte (11) 1200 bis 1500 Mark — an einige Lehrer 50, 100, 120 Mark —; daß das Remunerationswesen an sich verwerflich ist, daß an Stelle der Willkür ein System fester Zulagen für die Lehrer in den schwierigen gemischtsprachigen Gegenden treten müßte, bedarf kaum der Erwähnung. Ein hübsches Beispiel für die materielle Abspeisung der Lehrern sei noch angeführt: In der Diasporagemeinde Westpreußens — d. h. in den Gegenden, wo kleine protestantische Gemeinden innerhalb der katholischen Bevölkerung sitzen, — müssen die Religionslehrer, die mehrere Gemeinden versorgen müssen, oft bis 10 Kilometer wandern, für die Stunde erhalten sie 75 Reichspfennige, wobei freilich gewöhnlich zwei Stunden hintereinander erteilt werden; eine Reiseentschädigung gibt es bis zu 8 Kilometer, die sowohl hin wie zurück gemacht werden müssen, nicht; für 8—10 Kilometer beträgt sie 50 Pfennige.

Der geringen Besoldung der Lehrer entspricht die soziale Stellung, die man dem Lehrer anweist; giftigen Hohn sprudelte die Kreuzzeitung, als auf dem sozialdemokratischen Parteitag für Preußen im Jahre 1904 der Referent über den Entwurf des Volksschulunterhaltungsgesetzes erklärte, daß im sozialdemokratischen Zukunftsstaate die Lehrer an erster Stelle stehen würden. Jetzt wurde im Abgeordnetenhause wieder laut über die Zurücksetzung der Lehrer geklagt — kein seminaristisch gebildeter Lehrer sei zum Schulrat aufgerückt, wie es doch in den Lokanzeigen für die Präparandenanstalten in Aussicht gestellt werde! Volksschule und Lehrerstand fänden in den höheren Volksschichten nicht die richtige Würdigung. Die Seminare würden künstlich zurückgehalten; sie müßten größer angelegt und mit besseren Mitteln, neuzeitlichen Einrichtungen wie Laboratorien versehen werden — dazu müßten sie freilich in großen Städten errichtet werden — heute legt man sie absichtlich in die kleinsten Nester; dem entspricht es, daß man den Seminarlehrern die Universitäten verschließt; interessant ist es übrigens, daß an den preußischen Universitäten ein Lehrstuhl für Pädagogik fehlt, den z. B. das kleine Jena fehlt. Sorgt man so in Preußen schon von vornherein dafür, daß der Geist des Hochmuts im Lehrer nicht aufkomme, so fehlt es nicht an Beispielen auch einer späteren unwürdigen Behandlung. Aus den letzten Debatten des Landtages sei ein Fall erwähnt, wo der Herr Landrat zwei Lehrern durch den Kreisschulinspektor seine Mißbilligung aussprechen ließ, weil sie bei der Reichstagswahl für das Zentrum gestimmt hatten — der Herr Landrat hatte das erschnüffelt, weil im ganzen Dorfe nur Zentrumsstimmen abgegeben worden waren. Weiter mußte gebeten werden, daß bei der Festsetzung von Unterstützung von Lehrern nicht die Polizeiorgane (!) in Bewegung gesetzt würden — viele Lehrer, meinte der Zentrumsabgeordnete Ziesche, verzichteten lieber wegen der Unannehmlichkeiten! Ebenso behandele man die Lehrerswitwen, obgleich man schon früher gefordert habe, daß sich der Kreisschulinspektor mit diesen Dingen befassen sollte.

Wird der sozialen Stellung der Lehrer gedacht, so muß besonders auf die unwürdige Unterordnung unter den geistlichen Ortsschulinspektor hingewiesen werden; die Schulinspektion bedarf aber auch sonst einer eingehenden Betrachtung. Während von einzelnen Stellen schon die Notwendigkeit eines Ortsschulinspektors überhaupt bestritten wird, da neben dem Schulvorstand die Kreisschulinspektion genüge, verlangt man auf der anderen, einflußreicheren, eine strenge Durchführung des Prinzips, daß der Ortsgeistliche auch Ortsschulinspektor sein müsse. Der Einwand, daß man einem Nichtfachmann solche Macht über den Lehrer nicht einräumen dürfe, wird von den Konservativen und dem Zentrum verlacht. Der konservative Pfarrer Heckenroth sprach bei der letzten Etatsberatung verächtlich von „sogenannten Fachleuten", Herr Marx vom Zentrum will die geistliche Schulaufsicht nicht nur beibehalten, sondern will sie wieder in weit umfangreicherem Maße eingerichtet sehen als in den letzten Jahren. Und der Führer der Konservativen, Herr von Hendebrand und der Lase, führte aus: „Wir legen nicht den Akzent auf die fachmännische Aufsicht, sondern auf die Aufsicht durch solche Organe, die mit dem religiösen, christlichen Leben unseres Volkes aufs engste verwachsen sind ... da hilft alles Reden von Bildung nichts. Meine Herren, die Dinge um die es sich hier handelt, stehen den Leuten, die sie für Wahrheit, für Wirklichkeit halten, höher als alles Wissen, als alle Bildung, als alle Kultur (lebhafter Beifall rechts) und wir sind ihre Vertreter und wollen es sein (Lebhaftes Bravo! rechts)."

Und es gelingt den Herren nur allzugut ihre Absicht durchzusetzen; begrüßte es doch der Zentrumsabgeordnete Kirsch mit Freunden, daß Herr Holle in erster Reihe die Ortspfarrer als Lokalschulinspektoren anerkenne. Nur die Rektoratsschulen sind den Herren ein Dorn im Auge und Herr Dietrich vom Zentrum bedauert, daß auch der Minister Holle anerkannt habe, bei den sechsklassigen Schulen, denen ein Rektor vorsteht, müsse die Ortsschulinspektion fortfallen. Ganz besonders aber empört es die Herren, daß man, um sechsklassige Schulen einrichten zu können, mehrfach Knaben und Mädchen gemeinschaftlich unterrichte — während jeder Einsichtige hier sowohl Zweck wie Mittel gleichmäßig als erfreulich begrüßen wird; Herr Kirsch dagegen hofft, daß der Minister dieser Praxis der Düsseldorfer Regierung entgegentreten werde! Und diese Hoffnung erscheint nicht ganz aussichtslos. So trägt der Minister Bedenken auch die Schulen mit einem Hauptlehrer von der Lokalschulinspektion zu befreien, obwohl hier der sonst stets betonte Grund von dem „alleinstehenden, jungen Lehrer" fortfällt. Noch charakteristischer ist vielleicht folgende Ausführung des Herrn Holle: „Wenn auch hier und da aus älterer Zeit neben dem Rektor der

---

50] **Die Mutter.** [Nachdr. verb.

Roman von Maxim Gorki. Deutsch von Adolf Heß.

Beim Tee erzählte Nikolai:

„Ich bin in der Semstwoverwaltung mit einer sehr traurigen Arbeit beschäftigt; ich beobachte, wie unsere Bauern verelenden. . . .

Und mit schuldbewußtem Lächeln wiederholte er:

„Ja, ja! Beobachte nur! Die Leute hungern, legen sich infolgedessen vorzeitig ins Grab, die Kinder werden schwach geboren und sterben wie die Fliegen im Herbst. . . . Alles das wissen wir, wir kennen die Ursachen des Unglücks, und dafür beziehen wir unser Gehalt. . . . Weiter tun wir eigentlich nichts. . . ."

„Was sind Sie denn? — Student?" fragte sie ihn.

„Nein, ich bin Dorfschullehrer . . . mein Vater ist Fabrikdirektor in Wjatka, ich aber wurde Lehrer. Auf dem Lande gab ich den Bauern Bücher, und dafür wurde ich ins Gefängnis geworfen. Nachdem ich meine Zeit abgesessen hatte, wurde ich Buchbindergehilfe, war wieder nicht vorsichtig genug und kam abermals ins Gefängnis; später wurde ich nach Archangelsk verbannt. . . . Dort hatte ich wieder Unannehmlichkeiten mit dem Gouverneur und wurde in ein kleines Dorf an der Küste des Weißen Meeres verschickt, wo ich fünf Jahre zubrachte."

Seine Erzählung klang in dem hellen, von Sonnenlicht erfüllten Zimmer ruhig und gleichmäßig. Die Mutter hatte schon viele solche Geschichten gehört und niemals begriffen, wie man sie so ruhig erzählen konnte und niemandem Vorwürfe machte, sondern das alles wie etwas Unvermeidliches hinnahm.

„Heute kommt meine Schwester," teilte er ihr mit.

„Ist sie verheiratet?"

„Sie ist Witwe. Ihr Mann war nach Sibirien verbannt, floh aber von dort, zog sich unterwegs eine heftige Erkältung zu und starb vor zwei Jahren im Auslande. . . ."

„Ist sie jünger als Sie?"

„Nein. Sechs Jahre älter. . . . Ich bin ihr in vielen Dingen Dank schuldig. . . . Sie sollen einmal hören, wie sie spielt! Das ist ihr Klavier. . . . Sie hat überhaupt viele Sachen hier. Die Bücher sind mein."

„Aber wo wohnt sie denn?"

„Ueberall!" antwortete er lächelnd. „Wo eine Hand nötig ist, da ist sie."

„Gehört sie mit dazu?" fragte die Mutter.

„Natürlich!"

Er ging bald in den Dienst; die Mutter aber dachte über die Sache nach, an der diese Menschen Tag für Tag hartnäckig und ruhig arbeiteten. Und sie fühlte sich vor ihnen, als wenn sie nachts vor einem Berge stände.

Gegen Mittag erschien eine hohe, stattliche, schwarz gekleidete Dame. Als die Mutter ihr die Tür öffnete, warf sie einen kleinen, gelben Koffer auf den Fußboden, ergriff schnell Frau Wlassows Hand und fragte:

„Sind Sie Pawel Michailowitschs Mutter?"

„Ja!" erwiderte die Mutter, durch ihre elegante Kleidung verwirrt.

„So habe ich Sie mir auch vorgestellt! Mein Bruder schrieb, Sie würden bei ihm wohnen. . . . Pawel Michailowitsch und ich sind schon lange befreundet. Er hat mir oft von Ihnen erzählt."

Ihre Stimme war etwas dumpf, sie sprach langsam, ihre Bewegungen waren aber kräftig und schnell. Die großen, grauen Augen lächelten jugendlich heiter, an den Schläfen aber glänzten schon feine strahlenförmige Runzeln und über den kleinen Ohrmuscheln schimmerten silbern graue Haare.

„Ich will essen!" erklärte sie. „Eine Tasse Kaffee trinken . . ."

„Ich koche sofort welchen!" erwiderte die Mutter und holte das Kaffeegeschirr aus dem Schrank.

„Spricht Pawel denn über mich?"

„Natürlich! Oft . . ."

Sie zog eine kleine lederne Zigarettentasche heraus, zündete sich eine Zigarette an und fragte, im Zimmer umhergehend:

„Sind Sie sehr besorgt um ihn?"

Die Mutter beobachtete, wie die blauen Flammenzungen der Spirituslampen unter der Kaffeekanne zitterten, und lächelte. Ihre Befangenheit war der Dame verschwunden.

„Also er spricht von mir . . . der gute Junge!" dachte sie und sagte langsam: „Sie fragen, ob ich mir Sorge mache? . . . Natürlich, es ist nicht leicht . . . Aber früher war es schlimmer . . . jetzt weiß ich — er ist nicht allein . . . Und wie ist Ihr Name?"

„Sophie."

Die Mutter blickte sie scharf an. In ihrem Wesen lag etwas Schwungvolles, Großspuriges und Hastiges . . .

Sophie ging schnell im Zimmer auf und ab und sagte zuversichtlich:

„Die Hauptsache ist, daß alle nicht lange im Gefängnis sitzen, daß sie bald abgeurteilt werden. Sobald man sie in die Verbannung schickt, verhelfen wir Pawel Michailowitsch sofort zur Flucht . . . Er ist hier dringend nötig."

Sie suchte mit den Augen einen Platz für ihren Zigarettenstummel und steckte ihn in einen Blumentopf.

„Davon gehen die Blumen aus!" bemerkte die Mutter unwillkürlich.

„Entschuldigen Sie!" sagte Sophie. „Nikolai sagt mir das auch immer . . ." Und sie nahm den Stummel aus dem Blumentopf und warf ihn zum Fenster hinaus.

„Sie müssen entschuldigen! Ich habe das ohne Ueberlegung gesagt. Wie kann ich Sie belehren?"

„Warum nicht, wenn ich schlampig bin?" erwiderte Sophie achselzuckend. „Ist der Kaffee fertig? Danke! Aber warum nur eine Tasse? Trinken Sie nicht?"

Und plötzlich ergriff sie die Mutter bei der Schulter, zog sie an sich heran und fragte sie erstaunt:

„Genieren Sie sich wirklich?"

Die Mutter erwiderte lächelnd:

„Erst gestern bin ich zu Ihnen gekommen und benehme mich nun schon so, als wenn ich zu Hause wäre, Sie schon längst kenne . . . fürchte nichts, spreche, was ich will . . . mache sogar allerhand Bemerkungen."

„So muß es auch sein!" rief Sophie.

„In meinem Kopfe dreht sich alles . . . ich komme mir selbst fremd vor . . . Früher ging und ging man um einen herum, bevor man ihm etwas Herzliches sagte . . . jetzt aber liegt das ganze Herz offen da, und man sagt sofort, was man früher nicht einmal gedacht hätte . . ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080331-14/fragment/page=0001

Ortsschulinspektor weiter fungiert, so handelt es sich dabei um Uebergangsverhältnisse. Es waren z. B. ältere Geistliche, denen man es nicht antun wollte, sie darum, weil eine neue Rektorstelle eingerichtet war, von dieser Pflicht zu entbinden. Man ist da mit einer gewissen Schonung vorgegangen.“ Eine solche Sentimentalität ist in Preußen mit seinem strengen Kompetenzregelungen geradezu unerhört und auffällig ist es weiter, daß der Minister nicht einmal verfügt, mit dem Ausscheiden der widerrechtlich so schonungsvoll behandelten Geistlichen solle der ungesetzliche Zustand aufhören, sondern nur erklärt, daß er nicht bezweifle, die Nachfolger würden nicht wieder mit den Funktionen des Ortsschulinspektors betraut! In der Tat liegt vorläufig alles in der Willkür des Ministers, da die direkte Unterstellung der sechs- und mehrklassigen Schule unter den Kreisschulinspektor, wie so viele Bestimmungen des preußischen „Schulrechts“ nur auf einem Ministerialerlaß beruht.

Auch die fachmännische **Kreisschulinspektion** macht nur langsame Fortschritte; nach einer Statistik des Ministers aus dem Jahre 1903 gab es damals 1289 Kreisschulinspektionen, von denen 915 im Nebenamt, also im wesentlichen von evangelischen Superintendenten und katholischen Dechanten verwaltet wurden. In der letzten Etatsverhandlung wurde betont, daß unter Bosse wenigstens noch in 7 Jahren 82 hauptamtliche Kreisschulinspektorstellen geschaffen worden seien, von 1899—1907 unter Studt nur 27. Nach einer in der Nationalzeitung abgedruckten Statistik hat Preußen **jetzt** insgesamt 1282 Kreisschulinspektionen, von denen **nur 337 hauptamtlich**, der Rest nebenamtlich verwaltet wird. Bei der Einführung der hauptamtlichen Kreisschulinspektionen hat offenbar die Polenfurcht eine hervorragende Rolle gespielt; in der ganzen Provinz Posen gibt es nur solche, für Posen 41, für Bromberg 26. Da für Oppeln 42 und für Marienwerder 30 hauptamtliche Kreisschulinspektionen bestehen, entfallen auf die Landesteile mit starker polnischer Bevölkerung über 41 Proz. Darüber hinaus wird z. B. in der Schlesischen Schulzeitung geklagt, daß auch für die hauptamtlichen Stellen namentlich in der letzten Zeit vielfach Theologen herangezogen würden. Nichts destoweniger ersuchte Herr von Heydebrand den Minister nicht gar zu schnell mit der Schaffung von Kreisschulinspektoren im Hauptamt vorzugehen — in diesem Etat wurden im ganzen 10 gefordert, von ihnen 5, weil eine Teilung schon hauptamtlich verwalteter Inspektionen nötig geworden, so daß nur in fünf Fällen eine Umwandlung stattfinden soll; **bei weiterem Vorgehen in diesem Tempo würde der letzte Kreisschulinspektor im Nebenamte erst nach 189 Jahren verschwinden!!** Die Konservativen aber strichen, um dem Minister den Ernst ihres Widerstrebens klar zu machen, eine der geforderten Stellen, und das Zentrum, dessen Vertreter Porsch erklärte, daß seine Freunde prinzipiell gegen die hauptamtliche Kreisschulinspektion seien, verhalf den Konservativen zum Siege gegen den Minister. Recht hübsch stellte der freisinnige Kopsch fest, es sei „gut, wenn die konservativ-klerikale Mehrheit gerade bei den Schulfragen recht kraß in die Erscheinung tritt“; ängstlich verwahrte er sich aber dagegen, als ob in der prinzipiellen Stellungnahme der Freisinnigen Partei zur fachmännischen Kreisschulaufsicht „eine gewisse Gegensätzlichkeit zur Kirche und zu ihren Interessen zum Ausdruck komme“. Daß er dem hier betätigten konservativ-klerikalen Block den liberal-konservativen Block preisgab, vergaß Herr Kopsch auszusprechen.

Mit der Frage der Kreisschulinspektion werde die Frage der **Dezentralisation in der Schulverwaltung** in Verbindung gebracht. So erwünscht jede Dezentralisation vom demokratischen Standpunkte aus erscheint, so vorsichtig muß man ihr gegenübertreten, wenn sie von der Regierung und konservativen Kreisen angeregt wird. Das gilt hier in besonders hohem Maße. Der Minister meinte, die Schulverwaltung müsse den örtlichen Verhältnissen mehr angepaßt werden; ihr Schwerpunkt müsse in die Kreisinstanz verlegt werden, statt wie bisher in der Schulabteilung der Bezirksregierung zu ruhen; neben dem Kreisschulinspektor solle der Landrat stehen. In der Sache würde bei den bestehenden Verhältnissen nur eine neue Machtverstärkung des Landrats herausspringen, dem die Lehrer nur noch schlimmer ausgeliefert wären. Wenn darauf hingewiesen wurde, daß dem Landrat ein Organ der „Selbstverwaltung“, der Kreisausschuß, zur Seite stehe, so kann dieser Ausschuß bei dem bestehenden Wahlverfahren nur als ein Ausschuß der Herrenkaste gelten. Ueberdies hat der Minister in der Komission erklärt, daß im Fall der fachmännischen Kreisschulinspektion als Kompensation der Kirche Sitz und Stimme in der dezentralisierten Kreisinstanz eingeräumt werden müsse!

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 30. März 1908.

Aus dem Reichstage.

Der schwachbesetzte Reichstag setzte am Sonnabend die dritte Etatlesung fort. Beim Etat des Reichsamtes des Innern entwickelte sich zunächst so etwas wie eine sozialpolitische Generaldebatte, in welcher der Zentrumsmann Becker-Arnsberg leidlich verständige sozialpolitische Ansichten bekundete, die sich ziemlich vorteilhaft gegenüber der Mugdan-Hatz auf die proletarische Selbstverwaltung der Krankenkassen ausnahm. Aber von Arbeiterkammern will auch Herr Becker nichts wissen. Der Renommiergewerbschaftler des Zentrums Giesberts brachte es fertig, zwar die Rentenquetschereien nicht geradezu zu verteidigen, aber doch auf mildernde Umstände für die Versicherungsanstalten zu plädieren. Heckscher renommierte mit seiner Kenntnis des Goetheschen Faust und Erzberger verlangte bessere Seelsorge in den Heilstätten. Von unserer Fraktion sprachen die Genossen Hoch, der nochmals die Sozialpolitik im Reiche Ballin beleuchtete, Stadthagen, der erneut den flagranten Reichsverfassungsbruch festnagelte, den der borussische Oberpolizeiherr mit der bekannten Verfügung über die Legitimationspapiere der ausländischen Arbeiter begangen hat, Severing, der ein treffendes Wort über die Art und Weise sprach, wie der preußische Handelsminister Delbrück Sozialpolitik im Potemkinstile treibt, Zubeil und Lehmann, die die Lässigkeit geißelten, mit der die zuständigen Behörden dem langsamen Giftmorde durch Bleiweiß zusehen. Den Schluß der Sitzung füllte eine breitige Kulturkampfpaukerei zwischen den Parlamentsjünglingen Erzberger und Everling aus. Herr Mugdan fühlte sich berufen, sich in diesen konfessionellen Streit einzumischen. Nachdem man in der Dauersitzung glücklich mit dem Reichsamt des Innern fertig geworden war, vertagte man die weitere Durchpeitschung des Etats auf Montag.

Achtung! Landtagswahlen!

Nach offiziösen Meldungen ist als Tag der **Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause** von der Regierung jetzt bestimmt

Mittwoch, den 3. Juni

in Aussicht genommen.

Preußischer Landtag.

Das preußische Dreiklassenparlament beendete am Sonnabend endlich das Gerede über die Sekundärbahnvorlage und die Zugverbindungen. Die wenigen Orte, deren Eisenbahnwünsche noch nicht vorgetragen worden waren, kamen auch noch an die Reihe. Schließlich überwies man die Vorlagen an die Budgetkommission. In der zweiten Lesung werden dann ein gut Teil der Wünsche noch einmal vorgetragen, was ja auch nicht schadet, da man sie inzwischen glücklicherweise wieder vergessen hat. Interesse in der Sitzung erweckte nur eine Geschäftsordnungsbehatte, in der der nationalliberale Abgeordnete Hobrecht namens aller Parteien die Frage an die Staatsregierung richtete, wann sie denn eigentlich den Landtag nach Hause schicken und die Neuwahlen anordnen wolle. Offenbar ist wieder einmal ein Verbindungsdraht zwischen dem Block und der Wilhelmstraße gerissen, und überraschen lassen wollen sich die Herren von den Neuwahlen nicht. Das Schweigen der Regierung über den Termin der Landtagswahlen ist wohl aber hauptsächlich auf die Sozialdemokratie berechnet, der man Zeit und Umfang der Wahlagitation möglichst verkürzen möchte. Unsere Genossen im ganzen Lande sind inzwischen schon eifrig in der Vorbereitungsarbeit zum Wahlkampfe auch unter dem Dreiklassenwahlrecht, und so wird auch diese Spekulation der Regierung fehlschlagen.

Am Montag wollen die Privilegienparlamentarier Diäten ohne Arbeit beziehen. Am Dienstag steht außer Kleinigkeiten die Beamtenteuerungszulage auf der Tagesordnung.

Im Herrenhause fand am Sonnabend die Generaldebatte über den Etat statt. Sie wurde von den Junkern natürlich dazu benutzt, um gegen jede Reform des Dreiklassenwahlrechts ihren ganzen Einfluß in die Wagschale zu werfen. Pathetisch erklärte der alte Mirbach, dem bekanntlich auch das Reichstagswahlrecht ein Greuel ist: wir lassen am preußischen Wahlrecht nicht rütteln! Nur schüchtern wagte der Hallenser Professor Löning leisen Widerspruch; er konnte es denn doch nicht gut übersehen, daß dieses Geldsackswahlrecht 91 Proz. der preußischen Wähler entrechtet, und darum ungerecht und unwahr ist. Aber auch er sprach seine **Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht** in sehr lebhaften Ausdrücken aus und stellte dem alten liberalen Satze: „Lieber Kröcher als Barth“ die neue Weisheit zur Seite: **„Lieber Dreiklassenwahlrecht als Reichstagswahlrecht“.** Vom Ministertische wagte niemand vor den Herrenhäuslern zu wiederholen, was Fürst Bülow im Reichstage den Vertretern des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts vorgegaukelt hat, daß eine „gründliche Wahlreform“ beschlossene Sache sei.

In der Hauptsache aber beschäftigten sich die Junker überhaupt nicht mit preußischen Angelegenheiten, sondern mit der Reichsfinanzreform. Ganz frech und ohne jede Rücksicht auf die sonst so hoch gehaltenen Kompetenzen maßten sie sich an, in einer Resolution dem Reiche vorzuschreiben, daß es keine direkten Steuern einführen dürfe. Man weiß, warum diesen Vertretern ererbten Reichtums die direkten Steuern höchst lästig sind. Ihr Patriotismus reicht nur bis an den Geldbeutel. Das Recht zu zahlen, ist das einzige Recht, das sie gern an die Arbeiter abtreten. Nicht genug damit, erklärte sogar Graf Mirbach eine Erhöhung der Einkommensteuer oder Vermögenssteuer in Preußen für unerträglich. Da hat der Finanzminister Frh. v. Rheinbaben und Herr v. Mendelsohn-Bartholdy gut klagen über die schlechte Finanzlage und die Ueberlastung des Anleihemarktes. Da mögen sie tausend gute Grundsätze aufstellen, wie man wieder zur alten preußischen Sparsamkeit zurückkehren will, sie müssen doch immer wieder neue Anleihen aufnehmen, neue Schulden machen und dadurch die Bilanz Preußens und des Reiches dauernd verschlechtern. Eine mannhafte Rede des Polen Koszczelski, der im Hinblick auf das Inkrafttreten des Enteignungsgesetzes mit den Worten schloß: Der Henker steht vor der Tür, rief eine wahre Flut hakatistischer Prahlereien und Drohungen hervor. Eindruck macht das natürlich schon längst nicht mehr. — Am Montag geht die Etatberatung weiter.

Das Zentrum und die Reichsfinanzen.

Durch die Erklärung, die der Abg. Speck am Freitag im Reichstag namens des Zentrums abgab, daß seine Partei für direkte Reichssteuern nicht zu haben sein werde, ist die Verwirrung der Finanzreformpläne, durch welche das Reich aus dem Zustand einer schleichenden Krise befreit werden soll, noch vermehrt worden. Denn die Konservativen nebst ihrem antisemitischen Anhang können jetzt mit der Möglichkeit rechnen, mit dem Zentrum zusammen eine Mehrheit gegen direkte Reichssteuern zu bilden. Die Nationalliberalen und Freisinnigen aber, denen die direkte Steuer ohnehin ein Leeres Schaugericht ist, haben jetzt billigen Anlaß zu erklären, sie müßten ihre Forderungen hinsichtlich der direkten Steuern auf das allerbescheidenste Maß einschränken, um doch „etwas“ zu erreichen und zu verhindern, daß der Mehrbedarf des Reiches nach konservativ-ultramontanen Plänen ganz aus indirekten Verbrauchsabgaben gedeckt werde. Daraus geht aber mit Sicherheit hervor, daß die nächste Finanzvorlage bestrebt sein wird, Hunderte von Millionen aus der Besteuerung des Massenverbrauchs zu ziehen, und offen bleibt nur die ziemlich unbedeutende Frage, ob nach liberalen Plänen ein paar Millionchen auch aus der Belastung der besitzenden Klassen gewonnen werden, oder ob auch dieser schäbige Rest von den breiten Massen des Volkes aufgebracht werden soll.

Das Zentrum hat es bei diesem Handel fertig gebracht, eine schlimmere Rolle zu spielen als die Blockfreisinnigen und die Nationalliberalen. Eine Zeitlang hätte man sich fast an den Gedanken gewöhnen können, daß die Rechte und Interessen des Volkes bei dem Zentrum verhältnismäßig besser aufgehoben seien als bei der liberalen Sippschaft. Das Verhalten des Zentrums zur preußischen Wahlrechtsbewegung und jetzt wieder der zur Reichsfinanzreform zeigt, wie irrig diese Vorstellung gewesen ist. Dem Zentrum kommt es nur darauf an, wieder Regierungspartei spielen zu dürfen, und zu diesem Zweck ist es genau so wie der Liberalismus bereit, mit Grundsätzen wie mit alten Hosen zu handeln.

Das Zentrum hat auch aus diesem Grunde in der dritten Lesung für die neue Flottenvorlage gestimmt und damit die Mitverantwortung für eine Finanzpolitik auf sich geladen, die ungeheure Ausgaben ohne Deckung bewilligt. Diese Art, Finanzpolitik zu treiben, ist bisher vom Zentrum wie vom Freisinn auf das Allerentschiedenste bekämpft worden. Aber nachdem der Freisinn seine Grundsätze in das Wasser geworfen hat, auf dem Deutschlands Zukunft liegt, glaubt das Zentrum die seinen hinterdrein werfen zu müssen, um sich die Gunst seiner hohen Gönner nicht zu verscherzen. Nach dem Volke wird dabei nicht gefragt.

Der traurige Zustand der Reichsfinanzen erfährt nun eine neue Beleuchtung auch durch den Nachtragsetat zur Gewährung von Beihilfen an die diätarisch und etatmäßig beschäftigten Unterbeamten und die mittleren Beamten bis 4200 Mark. Dieser Nachtragsetat erfordert 28½ Millionen oder genauer (da durch Erhöhung der Betriebskosten der Post die an Bayern und Württemberg zu zahlenden Ausgleichungsbeiträge nur rund 3½ Millionen niedriger angesetzt werden müssen) **27 Millionen**, die durch **Erhöhung der Matrikularbeiträge** um diesen Betrag aufgebracht werden müssen. Da diese 27 Millionen den Einzelstaaten für drei Jahre gestundet werden, belasten sie einstweilen das Anleihekonto. Wir sind also tatsächlich schon soweit, daß das Reich pumpen muß, wenn es seine Unterbeamten nicht auf einmal sondern nur nach und nach verhungern lassen will.

Das Zentrum versucht, für den jämmerlichen Zustand des Etats für 1908, der jetzt im Automobiltempo bis zum 1. April fertig gestellt wird, lediglich die Blockpolitik verantwortlich zu machen. Daß es aber zu den Mitschuldigen des Reichsfinanzjammers und der bevorstehenden neuen Schröpfung des Volkes gehört, zeigt nicht bloß seine ganze Vergangenheit als Regierungspartei, die auch in die Blockära unheilvoll nachwirkt, sondern auch seine neuerliche Haltung zur Flottenvorlage und zu den direkten Reichssteuern. Die christlichen Arbeiter müßten mit Blindheit geschlagen sein, wenn ihnen diese Politik ihrer Partei nicht herzlich unangenehm wäre; sie haben aber im Zentrum nicht mehr zu sagen als die Hirsch-Dunckerschen im Freisinn.

Intrigen des Reichskanzlers gegen den Reichstag.

Den Teilnehmern der Konferenzen, die von den Reichstagsjournalisten während der Dauer des Konflikts mit dem Reichstage abgehalten wurden, ist strenge Diskretion als Ehrenpflicht auferlegt worden. Diese Diskretion wurde auch von den sozialdemokratischen Teilnehmern unter schwierigen Umständen streng eingehalten. Wie aber schon so oft in ähnlichen Fällen scheint sich auch in diesem zeigen zu wollen, daß ein Geheimnis von hundert Menschen kein Geheimnis ist. Schon an mehr als einer Stelle ist der Ring der Vertraulichkeit, der jene Verhandlungen umgeben sollte, durchbrochen worden. Sollte sich nun zeigen, daß eine öffentliche Diskussion jener Vorgänge nicht mehr zu vermeiden ist, dann wird jedenfalls über sie aufrichtig und gründlich gesprochen werden müssen ohne Rücksichtnahme auf etwaige zarte Bundesgenossenschaften, die in jenen bewegten Tagen angesponnen worden — sein mögen.

Die Kölnische Volkszeitung sowohl als auch die liberale Dortmunder Zeitung veröffentlichen aus der Geheimgeschichte des Journalistenstreiks einige Tatsachen, die von erheblicher **politischer Bedeutung** sind. Das gewisse dunkle Mächte bestrebt waren, den Konflikt zwischen Reichstag und Presse möglichst zu verschärfen und einen **Zweibund der Presse und des Reichskanzlers gegen den deutschen Reichstag** zustande zu bringen, war schon aus einigen unvorsichtigen Presseäußerungen zu ersehen, auf die wir mit Nachdruck hingewiesen haben. Nun aber schreibt die Dortmunder Zeitung:

> Es braucht nur angedeutet zu werden, daß die leitende Persönlichkeit im Reiche bereit gewesen ist, weit über den Wortlaut und Inhalt der Gröberschen Abbitte hinaus den Reichstagsjournalisten eine besondere Ehrenerklärung zu geben. **Wenn dies Anerbieten freundwilliger Dienste abgelehnt wurde, so geschah das in dem Wunsche, aus dem Kleinkrieg zwischen Presse und Parlament nicht eine große und in ihren Folgen unabsehbare Aktion der Regierung gegen den Reichstag entstehen zu lassen. . . . . Es wird gut sein, wenn man im Lande draußen von diesen Vorgängen wenigstens andeutungsweise erfährt. Einerseits solle die Kenntnis davon nützlich für das Bild sein, das man sich von der vornehmen Art (!) des Kanzlers noch mehr als früher machen darf; dann aber wird die Entscheidung der Journalisten, die Demonstration gegen die obstinaten Mitglieder des Reichstags zu beenden, erst durch die dankend abgelehnte Bülowaktion ganz verständlich und erhält ihre rechte Beleuchtung stiller Selbstlosigkeit.**

Aehnliches meldet die Kölnische Volkszeitung:

> Es wird in Abgeordnetenkreisen erzählt, daß **ein** dem Fürsten Bülow sehr nahe stehender Journalist, ein Alldeutscher, der im Streik eine führende Rolle spielte, ein Schreiben an den Fürsten Bülow und ein Antwortschreiben des Fürsten Bülow an die Tribünenjournalisten abgefaßt und dem Reichskanzler zur Unterzeichnung vorgelegt hätte. Der Reichskanzler hätte sich, wie dieser Herr der Streikversammlung versicherte, zur Unterzeichnung des Schriftstücks bereit erklärt, falls die Streikversammlung dieses wünsche. In dem Antwortschreiben des Fürsten Bülow sei das Bedauern über die Haltung des Reichstags und einzelner seiner Mitglieder ausgesprochen worden. Die Versammlung hätte aber dieses Eingreifen des Reichskanzlers abgelehnt.

Fürst Bülow und seine Leute haben sich also, darin stimmen die Berichte der beiden zitierten Blätter überein, mit ihrem Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten des Reichstages einzumischen, einen Korb geholt. Dadurch wäre vermieden worden, daß sich der Journalistenstreik zu einer antiparlamentarischen Hetze unter gütiger Mitwirkung des Herrn Reichskanzlers entwickelt hätte. Der Reichskanzler, der es am 26. März wagte, die Grundlage des Reichstages, das Reichstagswahlrecht, anzugreifen, weiß ganz gut, wozu er eine

---

Sophie zündete sich wieder eine Zigarette an und betrachtete die Mutter freundlich und schweigend mit ihren grauen Augen.

„Sie wollen ihm zur Flucht verhelfen? . . . Aber wie wird er als Flüchtling leben?“

„Das ist eine Kleinigkeit!“ antwortete Sophie und goß sich noch Kaffee ein. „Wie andere Flüchtlinge . . . Ich habe soeben einen getroffen und begleitet . . . war auch ein sehr wichtiger Mensch . . . ein Arbeiter aus dem Süden, der auf fünf Jahre verbannt war und dreiundeinhalb Monate in der Verbannung gelebt hat. . . Deswegen gehe ich auch so üppig. Sie denken wohl, ich kleide mich immer so? Ich kann Putz und diese rauschenden Gewänder nicht ausstehen . . . Der Mensch ist einfach und muß sich einfach kleiden, hübsch, aber einfach . . .

Die Mutter schüttelte nachdenklich den Kopf und sagte leise:

„Nein, dieser erste Mai hat mich anscheinend ganz und gar aus der Fassung gebracht! Mir ist so ungemütlich, wie wenn ich jetzt auf zwei Wochen gehe . . . Bald kommt es mir so vor, als wenn ich alles verstehe, dann ist mir wieder, als wäre ich in Nebel geraten . . . Jetzt Sie, zum Beispiel . . . eine feine Dame . . . beschäftigen sich mit demselben Dingen wie Pawel . . . kennen ihn, schätzen ihn . . . das danke ich Ihnen . . .

„Nun, eigentlich sollten wir Ihnen danken,“ lachte Sophie.

„Was ist denn an mir? Ich habe ihn das nicht gelehrt! . . . Also ich sage,“ fuhr sie hartnäckig fort, „bald kommt mir alles einfach und nahe vor, bald kann ich diese Einfachheit nicht begreifen. Auch ist mir bald ruhig zu Mut und dann wieder ängstlich, daß es so ruhig ist. Ich hab' mein ganzes Leben Angst gehabt . . . jetzt aber, wo wirklich Grund vorhanden ist . . . hab ich gar keine. Woher kommt das? Ich begreife es nicht!“

Sophie erwiderte nachdenklich:

„Mit der Zeit werden Sie alles begreifen! . . . Nun ich muß aber endlich diese ganze Herrlichkeit ablegen . . .“

Sie legte den Rest der Zigarette auf ihre Untertasse, schüttelte den Kopf, ihr goldiges Haar fiel in dichten Strähnen über den Rücken, und sie ging fort.

Die Mutter blickte ihr nach, seufzte, sah sich um, ohne an etwas zu denken und begann in einem halbträumerischen, sie bedrückenden Zustand der Ruhe das Geschirr abzuräumen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190803 31-14/fragment/page=0002

freundliche Presse braucht. Wer ein sohohes Spiel spielt, muß starke Partner haben. Es ist für deutsche politische Verhältnisse bezeichnend, daß der Reichstag, ganz besonders wieder der Freisinn, gegenüber solchen Herausforderungen und Intrigen blind und stumpf bleibt, daß die scharfen Angriffe, die Bebel und David am Freitag gegen den wahlrechtsfeindlichen Reichskanzler richteten, bei den bürgerlichen Parteien keine Unterstützung fanden. Fürst Bülow wagt, was kein anderer Reichskanzler vor ihm gewagt hat; der deutsche Reichstag aber trägt, was kein anderes Parlament der Welt sich bieten ließe!

Regierungsterrorismus.

Am 10. Januar hat Fürst Bülow im Abgeordnetenhause erklärt, daß sich die Regierung bei den kommenden Wahlen unparteiisch verhalten wolle. Seitdem haben der Staatssekretär der Reichspost und der preußische Eisenbahnminister rund heraus erklärt: Wer sozialdemokratisch wählt, der fliegt. Welche Mittel die Regierung anwendet, um die von ihr abhängigen Leute auch in der Stichwahl zur Wahl „staatserhaltender" Kandidaten zu zwingen, lehrt jetzt wieder der Fall Braband in Hamburg.

Dr. Braband, der Führer der vereinigten Liberalen in der Hamburger Bürgerschaft, erhielt nach der Frankf. Ztg. seine Entlassung als Reserveoffizier, weil er seinerzeit bei der Stichwahl im 45. Wahlbezirk gegen die mittelständlerisch-antisemitische Kandidatur Bechtler sich für den sozialdemokratischen Kandidaten Umland erklärt hätte. Das Blatt erzählt über die Vorgeschichte der Angelegenheit folgendes: Ursprünglich sollte keine Parole für die Stichwahl ausgegeben werden. Als aber die Hamb. Nachr. forderten, die Freisinnigen müßten für Bechtler stimmen, veröffentlichte Dr. Braband in der Presse eine Erklärung des Inhalts, daß freisinnige Wähler gegenüber einem Wahlrechtsverschlechterer wohl für einen Sozialdemokraten sich entscheiden könnten. In der Stichwahl stimmten denn auch die Liberalen gegen Bechtler. Dieser gab nun in den Hamb. Nachr. die Erklärung ab, daß ein Mann, wie Dr. Braband, aus dem Reserveoffizierkorps entfernt werden müßte. Wie nun verlautet, ist Rechtsanwalt Dr. Braband von der militärischen Behörde ein Schreiben zugegangen, indem ihm die Entlassung als Reserveoffizier mitgeteilt wird.

Im Reichstag stellte am Sonnabend der Abg. Potthoff fest, daß ein hoher Beamter des Reichspostamts sich geäußert habe: Das Hinausschieben der Besoldungsvorlage würde keinen Einfluß auf die preußischen Landtagswahlen haben, da die Wahl öffentlich sei.

Neuerdings liegen sogar Anzeichen vor, daß die Regierung nicht bloß an den Wählern sondern sogar auch an den Abgeordneten, soweit sie durch ihr Militärverhältnis der Kommandogewalt unterstellt sind, Terrorismus üben will. Darüber schreibt die Milit. Pol. Korresp.:

Nach den Erklärungen, die in der Reichstagsitzung vom 4. Februar d. J. der Herr Vertreter des Kriegsministers abgegeben hat, müßten Abgeordnete, wenn sie Offiziere sind oder waren und das Recht zum Tragen von Uniformen besitzen, für Aeußerungen, die sie unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität getan haben, sich sehr wohl vor einem militärischen Ehrengericht verantworten. Ob von dieser Eventualität auch Reden oder Urteile betroffen würden, bei denen die Angegriffenen entweder die Heeresverwaltung oder Mitglieder und Teile der Arme sind, ist durch einen Präzedenzfall noch nicht festgelegt. Gewisse Vorgänge der letzten Wintertagung lassen die Frage zum mindestens sehr zweifelhaft, ob nicht von den Rechten der Kommandogewalt und der ehrengerichtlichen Bestrafung gegen Abgeordnete Gebrauch gemacht werden würde.

Jedem Versuch, gegen dieses Knutensystem des preußischen Staates den Gegendruck von unten zu organisieren, bucht die bürgerliche Presse unter der Rubrik: „Sozialdemokratischer Terrorismus".

Der Paragraph 7. Die konservative Fraktion hat dem preußischen Abgeordnetenhause folgenden Antrag unterbreitet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, für den Fall, daß ein Reichsvereinsgesetz vorschreiben sollte, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen, Ausnahmen von dieser Bestimmung aber der Landesgesetzgebung zu überlassen sind, schleunigst eine Vorlage einzubringen, durch die der unbeschränkte Gebrauch der litauischen, masurischen und wendischen Sprache in öffentlichen Versammlungen landesgesetzlich gewährleistet wird.

Dieser zu Wahlzwecken gestellte Antrag ist ein ausgezeichnetes Kampfmittel gegen den § 7 des Reichsvereinsgesetzes. Aus ihm geht hervor, daß nicht einmal die Konservativen die deutsche Sprache als einzig berechtigte Versammlungssprache anerkennen wollen. Welcher logischer Grund besteht, nicht auch für die Polen und Dänen gelten zu lassen, was nach dem Willen der Konservativen für Litauer, Masuren und Wenden gelten soll?

Gegen die Landflucht. Auf der 67. Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins zu Königsberg am 26. März stellte der Gutsbesitzer Henke-Neu-Waldeck den Antrag, beim preußischen Abgeordnetenhause zu beantragen, daß es gesetzlich verboten werde, inländische Arbeiter bei dem bevorstehenden Bau des Masurischen Schiffahrtskanals zu beschäftigen. Nur Gefangene, Zuchthäusler und billige ausländische Arbeiter dürften dabei arbeiten. Begründet wurde dieser Antrag damit, es müsse unter allen Umständen verhütet werden, daß etwa der letzte Rest der in Ostpreußen vorhandenen Landarbeiter lohnendere Beschäftigung beim Kanalbau finde.

Erschwerung der Freizügigkeit, sowie das Verbot, ländliche Arbeiter beim Eisenbahn- und Kanalbau zu beschäftigen, das sind also die Mittel der ostelbischen Junker, um die Landflucht aufzuhalten.

Opfer einer militärischen Uebung. Auf dem Pionierübungsplatze in der Hasenheide bei Berlin wurden beim Abbau eines Schachtes der Unteroffizier Eschenbrenner vom 21. und der Pionier Schendel vom 19. Pionierbataillon unter drei Meter hohen Erdmassen verschüttet und getötet.

Ausland.

Schweiz. Verurteilte Anarchisten. In dem Prozeß wegen eines Bombenanschlages gegen Arbeitswillige während des Schneiderstreikes in Davos im September vorigen Jahres, wobei drei Arbeitswillige verletzt wurden, fällte das Graubündner Kantonsgericht nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil: Der Hauptschuldige, der flüchtige Schneider Pühringer aus Oestreich, wurde in contumaciam zu zehn Jahren vier Monaten Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung, der Spengler Döppler aus Bayern wegen Beihilfe zu zwei Jahren sieben Monaten Zuchthaus und lebenslänglicher Landesverweisung verurteilt. Ferner erhielten wegen Begünstigung bei der Flucht Pührings vier bis sechszehn Wochen Gefängnis der Maler Maier und der Schreiner Möller aus Preußen, der Maler Wiedemann aus Württemberg und der Schreiner Madjesen aus Dänemark.

Italien. Nasis Mandat kassiert. Der wegen gemeiner Verbrechen verurteilte italienische Exminister Nasi war bisher formell immer noch Abgeordneter zum italienischen Parlament. Seine Geteuen in Trapani wählten den Dieb und Betrüger immer wieder in die Kammer. Jetzt endlich will die Kammer den Ehrenmann endgültig los werden. Allerdings war einige Schwierigkeit zu überwinden, denn der sizilianische „Volksvertreter" hat in dem hohen Hause immer noch Freunde und Gesinnungsgenossen. Als am Dienstag der vorigen Woche der Antrag der Wahlprüfungskommission auf Mandatsverlust Nasis vor die Kamer kam, traten zwei Redner warm für den großzügigen Spitzbuben ein. Schließlich verlangte der Abgeordnete Aprile den Aufschub des Votums bis Sonnabend, bis der Kassationshof Nasis Berufung entschieden hätte. Die Abstimmung hierüber ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wurde daher auf eine Stunde fuspendiert. Nachher wurde durch Erheben von den Sitzen der Mandatsverlust Nasis gegen eine verschwindende Minderheit angenommen.

Amerika. Eine Arbeitslosen-Demonstration in Neuyork. Auf dem Square-Madison hatten sich trotz des polizeilichen Verbotes 20 000 Arbeitslose angesammelt, um gegen die Stadtverwaltung zu protestieren, die nicht genügend für Notstandsarbeiten gesorgt haben. Die Polizei begann die Menge zu zerstreuen, von der ein großer Teil willig auseinanderging, während die übrigen unter dem Absingen der Marseillaise Widerstand leisteten. Als ein Trupp von 25 Polizisten sich einer Bank näherte, auf der der Anarchist Selig Silverstein saß, wurde dieser von einem Polizisten auf den Fuß getreten, worauf der Anarchist aus seiner Tasche eine Bombe hervorzog und sie mit voller Kraft zu Boden schleuderte, so daß sie explodierte. Die Bombe riß Silversteins Beine weg und zerschmetterte ihm die Arme und mehrere Rippen. Er starb auf dem Wege zum Krankenhause. Sein Gefährte wurde durch die Bombe sofort getötet.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerdank für Rausreißerdienste.

Zu den Firmen, welche 1906 in Breslau gemeinsam tausende organisierter Metallarbeiter rücksichtslos auf die Straße setzten, gehörte auch die Firma Riedlich. Wie in einigen anderen Betrieben, fanden sich auch hier einige von den bekannten „nützlichen Elementen", welche ihren langjährigen „Brotgeber" nicht im Stich lassen wollten, und demselben kräftig im Kampfe gegen die eigenen Arbeitsbrüder unterstützten. Zu diesen nützlichen Elementen gehörte auch der Dreher W. Koschowski, welcher zur damaligen Zeit acht Jahre bei Riedlich beschäftigt war. Koschowski hatte noch nicht den Weg zur Organisation gefunden, suchte denselben auch nicht, da er glaubte, eine „Lebensstellung" inne zu haben. Die organisierten Arbeiter, mit Ausnahme der Hirsch-Dunckerschen, wurden auch allmählich aus dem Betriebe hinausgeekelt, selbst Leute, welche bedeutend länger als K. dort beschäftigt waren. Herr Riedlich sprach während der Aussperrung dem Koschowski besonderen Dank für seine treuen Dienste aus und erklärte wörtlich: „Ich werde es Ihnen nicht vergessen, daß Sie mir in der schweren Zeit beigestanden haben." Den Traum von der „gesicherten Existenz" hätte K. vielleicht noch eine Zeitlang träumen können, wenn er sich nicht erkühnt hätte, wider den Stachel zu lösen. Und das kam so: Seit Mitte des Jahres 1907 begann die Arbeit immer geringer zu werden, Arbeiter wurden entlassen und die Arbeitszeit herabgesetzt. Das gab allen zu denken. Die Metallarbeiter traten gemeinschaftlich in einer Betriebsversammlung im Monat Dezember zusammen und erklärten zum größten Teil ihren Beitritt zum Metallarbeiterverband. Das war freilich der Firma nicht angenehm, zumal sich auch Koschowski unter den Beigetretenen befand. Das mußte bestraft werden, und die versprochene Dankbarkeit verwandelte sich in Rache. Zunächst schlich sich der seit Oktober 1907 in dem Betriebe angestellte Meister Krause in dem Wirtshause an die Arbeiter heran, um alle die Sünder zu entdecken, und nachdem diese Spionarbeit verrichtet, ging es an die Entlassungen. Der Meister erklärte den Arbeitern: „Und wenn Sie dreißig Jahre hier sind, ich schmeiße Sie raus." Am 18. Febr. 1908 wurde Koschowski krank, er wurde von einem schweren Augenleiden befallen, aber schon am 27. Februar erhielt er folgendes Schreiben durch die Post zugesandt:

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir infolge plötzlich eingetretener dringender Arbeiten Ihren Posten anderweitig besetzen mußten. Aus diesem Grunde sehen wir uns genötigt, Sie zu entlassen und wollen Sie, sobald es Ihnen möglich ist, Ihre Papiere bei uns abholen.

Mit Hochachtung . . . .

A. Riedlich.

Koschowski kam aufs Bureau des Metallarbeiterverbandes, ließ sich vielmehr dahin führen, da ihm das Augenleiden das Augenlicht fast benommen hat, und bekannte hort, wie unehrlich er seinerzeit gegen seine Mitarbeiter gehandelt hatte; daß er aber nie geglaubt habe, daß so weit die Rache und die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer reichen könnte. Entlassungen nach zehnjähriger Tätigkeit, der Rechte an die Strafgelderkasse, in welcher er zehn Jahre mit eingezahlt und deren Gelder zur Unterstützung kranker Kollegen bestimmt sind, verlustig: Das war der Dank für treue Dienste in schwerer Zeit! Dieser Fall ist einer von den vielen, welche wir immer denjenigen vor Augen halten müssen, die noch an eine „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" glauben. Möge auch dieser Fall mit dazu beitragen, alle die Arbeiter vor allzu großer Vertrauensseligkeit zu warnen.

Der Streik auf den Howaldtwerken in Kiel hat zur Aussperrung von hundert Arbeitern der Kochschen Schiffswerft und 150 der Lübecker Maschinenbaugesellschaft in Lübeck geführt. — Auf dem Stettiner Vulkan haben 400 Nieter die Arbeit eingestellt und sind so der Aussperrung zuvorgekommen.

Gegen Arbeitskammern hat sich das Frankfurter Gewerkschaftskartell in einer Resolution erklärt. Nach wie vor fordern die organisierten Arbeiter Arbeiterkammern. — Auch die Stuttgarter Handelskammer hat sich einstimmig gegen Arbeitskammern erklärt.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle, 27. März.

Kein zärtlicher Gatte ist ein mehrfacher Hausbesitzer und früherer Polizist, der angeklagt war, seine frühere Ehefälfte, von der er jetzt geschieden ist, erheblich mißhandelt zu haben. In der Verhandlung kamen Ehezerwürfnisse zur Sprache; es blieb unter den Gatten nicht bei Mißhandlungen mit den Fäusten, sondern der Gatte nahm auch schließlich Werkzeuge und hieb damit auf die „bessere Hälfte" ein. Eines Tages, als das Essen nicht vom besten gewesen sein soll, nahm der Gatte einen Stock und hieb damit seiner Gattin über den Kopf, daß das Züchtigungsmittel zersprang. Die Gattin nahm das natürlich auch nicht ruhig hin. An einem anderen Tage nahm der Gatte einen Hammer und warf damit nach der Frau. Sie sagt, der Hammer sei ihr gegen die Brust geflogen, und er behauptet, das Instrument hätte nur die Füße der früheren Ehehälfte berührt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Mann wegen Mißhandlung 40 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 10 Mark Geldstrafe, da es sich um Ehegezwistigkeiten handelt, bei denen jedenfalls beide Teile gesündigt hätten.

Der schwarze Herr mit dem Knebelbart. Eine Kaufmannsfrau hatte eines Tages zu einem Arbeiter eines Instituts gesagt: „Na, wißt Ihr, Euer Ober ist auch nicht der Beste; der wurde ja neulich erst früh um 5 Uhr von meiner Nachbarin aus der Wohnung herausgelassen." Der Arbeiter sprach darüber, sein Vorgesetzter, ein Inspektor, bekam Kenntnis davon und klagte gegen die Frau wegen Beleidigung. Das Schöffengericht sprach die Kaufmannsfrau aber frei, da nicht der Privatkläger sondern sein Kollege, gleichfalls Inspektor, gemeint gewesen sei. Der Privatkläger besitzt gar keinen großen schwarzen Knebelbart, der andere Inspektor hingegen, der zu der Beschreibung der Frau genau paßt, hat Kenntnis von dem Gespräch erhalten, soll aber keine Schritte gegen die Frau unternommen haben. Vor der Berufungsinstanz, Strafkammer, verlangte der erste Inspektor erneut die Bestrafung der Frau. Der Verteidiger der Beklagten, Rechtsanwalt Herzfeld, hielt eine Bestrafung für vollständig ausgeschlossen, da der zweite Inspektor, selbst, wenn er früh um fünfe aus dem Hause der Frau herausgelassen worden sei, auch schließlich ebenfalls noch gegen die Frau klagen könnte und dann stände man vor einem „ne bis in idem". Allerdings werde ja der richtige Inspektor mit dem großen schwarzen Knebelbarte nicht klagen; andernfalls müßte die Frau, die ihn früh um fünfe aus der Wohnung entlassen haben soll, als Zeugin auftreten. Die Beklagte könne nicht verurteilt werden, da sie den Mann mit dem großen schwarzen Knebelbart und nicht den Privatkläger gemint habe. Das Berufungsgericht erachtete aber Beleidigung als vorliegend, hob das Urteil erster Instanz auf und verhängte gegen die Frau eine Geldstrafe in Höhe von 20 Mark. Der Verteidiger will gegen das nach seiner Meinung juristisch bedenkliche Urteil Revision einlegen.

Wegen Fürsorgeentziehung wurden ein Arbeiter und dessen Ehefrau zu je 15 Mk. Geldstrafe verurteilt. Beide hatten ihrer Tochter, die aus einer Fürsorgestelle entlaufen worden war, Aufnahme gewährt.

Wegen Mißhandlung wurde ein Bergmann aus Teutschental zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er gelegentlich eines Bergmannsfestes einen Kameraden mißhandelt hatte.

Aus dem Reiche.

Mittweida. Autounfall. In Limbach fuhr ein Autoomnibus der Linie Mittweida—Limbach in das Hotel Hirsch hinein. Ein Schulmädchen wurde an die Wand gequetscht und getötet. Ein Hotelgast erhielt eine Kopfwunde. Der Chauffeur hatte kurz vor dem Unglück die Fährung des Wagens dem Kondukteur übergeben.

Leipzig. Guten Appetit! Vom Landgericht Koblenz wurde im Januar der Prof. Dr. Walde, Leiter einer Obstverwertungsgenossenschaft wegen vorsätzlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. In einen Sirupskessel war eine Katze gefallen, ohne das jemand den Vorgang bemerkt hatte. Erst als das Tier bereits in Verwesung übergegangen war, wurde es entdeckt. Der Angeklagte hat nun einen Teil des Sirup in den Verkehr gebracht! — Das Reichsgericht verwarf die eingelegte Berufung.

Darmstadt. Ungetreuer Rechtsanwalt. Wegen Unterschlagung von 75 000 Mk. Hypotheken- und Nachlaßgeldern wurde der Rechtsanwalt Link in Dieburg verhaftet.

Rothenburg (Tauber). Wegen Brandstiftung verhaftet wurde hier ein 14jähriges Dienstmädchen. Sie hatte ein Haus angezündet, um aus dem ihr unbequemen Dienst zu kommen.

Vermischtes.

* **Ein geheimnisvoller Selbstmord.** Wie am Sonntag schon gemeldet wurde, soll sich in Basel die Frau des Generalmajors z. D. Barnowsky durch Messerstiche getötet haben. B. befand sich während des angeblichen Selbstmordes mit der Toten im gleichen Zimmer, will aber nichts bemerkt haben. Das Messer, mit dem sich die Frau getötet haben soll, lag unter der Leiche. Wie es dort hingekommen ist, weiß B. nicht anzugeben.

* **Autounfall.** Auf der Straße Paris-Fontainebleau stürzte ein Auto infolge Versagens der Lenkvorrichtung in einen Graben. Zwei Personen wurden getötet, zwei schwer verletzt.

* **Sieben Menschen verbrannt.** Bei einem Brande in der besonders von Arbeitern bewohnten Siwkowstraße in Petersburg verbrannten sieben Personen. Zwanzig wurden verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Kreuzstern

Nur 10 Pfennig

kostet das neue, von der Maggi-Gesellschaft in den Handel gebrachte Probefläschchen.

Jede Hausfrau, die MAGGI's Würze noch nicht kennt, sollte einen Versuch damit machen.

Man verlange aber ausdrücklich MAGGI's Probe-Fläschchen.

„MAGGI's gute, sparsame Küche"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190803 31-14/fragment/page=0003

Die Bücher des Deutschen Hauses

Gratis!

Die Mitglieder unserer Gesellschaft geben bei Einkäufen Bibliothekemarken an ihre verehrliche Kundschaft ab.

Sie erhalten dafür: Die Bücher des deutschen Hauses,

herausgegeben von Rudolf Presber, **gratis.**

Bevorzugen Sie die untenstehenden Geschäftshäuser, in deren Schaufenster das oben in Verkleinerung wiedergegebene Plakat ausgestellt ist. Die Bücher des Deutschen Hauses liegen in allen Buchhandlungen und bei unseren Mitgliedern zur Ansicht aus.

Neue Gesellschaft der Bücherfreunde,

Sektion Halle a. S.

Annoncen-Expedition Louis Heise (Vertr. von Rudolf Mosse) Brüderstr. 4.

Arbeiterkleidung
Ernst Renner, Marktplatz 14.

Artikel zur Krankenpflege
chirurg. Instrumente
Fr. Baumgartel, Gr. Steinstr. 17.

Bilderrahmung, Vergolderei
G. A. Seebach, Neumarktstr. 7.

Blumen
Otto Stieme, Poststrasse 4.

Braut- und Baby-Ausstattungen
H. C. Weddy-Pönicke, Leipzigerstr. 6,

Schokolade und Konfitüren
Joh. Mitlacher, Poststrasse 11.
Herm. Pfautsch, Gr. Steinstrasse 7.

Zigarren, Zigaretten etc.
Franz Pennemann, Gr. Ulrichstr. 9.
J. L. Heise, Bernburgerstrasse 15.
Gustav Vietzke, Geiststrasse 43.
Rob. Hoffrichter, Gütchenstrasse 15.
A. Schulenburg, Merseburgerstr. 61.
Franz Höllein, Kl. Ulrichstr. 24a.
Paul Bade, Leipzigerstrasse 74.
Wilh. Gallrein, Glauchaerstrasse 76.
Karl Hackemesser, Gr. Steinstr. 41.
Reinh. Keil, Rannischestrasse 12.
M. Hutzelmann, Hötzel's Nachfolger, Berlinerstrasse 8a.

Damen- und Kinderhüte
Schneider & Haase (Inh. A. Stegmann) Grosse Steinstrasse 83.

Delikatessen, Konserven etc.
Gebr. Zorn, Gr. Steinstrasse 9.
Rich. Baartz, Leipzigerstrasse 53.

Drogen, Farben etc.
Hädicke-Drogerie, Gr. Klausstr. 17.
Gebr. Hädicke, Liebenauerstrasse 1.
Hugo Schulze, Neumarkt-Drogerie.
Franz Zinke, Ludwig Wuchererstrasse.

Drechslerwaren, Stöcke, Pfeifen
F. Saatz, Markt 1.

Eisenwaren
Bartels & Beck, Leipzigerstrasse 32.
Gebr. Gruneberg, Geiststrasse.
Karl Lier, Ludwig Wucherer-trasse 62.

Fahrräder und Nähmaschinen
Max Schultz, Martinstrasse 11.
F. Kleinau, Bernburgerstrasse 10.

Galanterie- und Lederwaren
Kloss & Bothfeld, Gr. Ulrichstrasse 8.

Glas- und Porzellanwaren
J. A. Heckert, Gr. Ulrichstrasse 16.

Goldwaren etc.
Wratzke & Steiger, Poststrasse 8.

Gummiwaren
Fr. Baumgartel, Gr. Steinstrasse 1

Handschuhe und Krawatten
J. W. Dan, Gr. Steinstrasse 4.

Haus- u. Küchengeräte, Emaillewaren
Bartels & Beck, Leipzigerstrasse 32.
Gebr. Gruneberg, Geiststrasse.

Herren-Artikel
J. W. Dan, Gr. Steinstrasse 4.

Herren- und Knabengarderobe
Reinh. Schuhmann, Alte Promenade 7.

Hut- und Pelzwaren
Fritz Eisbein, Gr. Steinstrasse (Ecke Kleinschmieden).

Kaffeerösterei
Robert Weise, „Zu den 2 goldenen Zuckerhüten", Friedrichsplatz.

Kolonialwaren etc.
Robert Weise, „Zu den 2 goldenen Zuckerhüten", Friedrichsplatz.

Konditorei
Herm. Pfautsch, Gr. Steinstrasse 7.

Korbwaren, Kinderwagen
Emil Börner, Gr. Klausstrasse 10.

Korsetts
A. Obersky, Gr. Steinstrasse 81.

Kunstgewerbe, Rahmenfabrik
Joh. Nietzschmann, Kleinschmieden 6.

Lampen und Beleuchtungsartikel
G. R. Kegel jun., Gr. Ulrichstr. 7.

Lithographie, Akzidenz-Druckerei, Monogramm-Prägerei
Otto Strube, Barfüsserstrasse 11.

Manufakturwaren
C. Wilh. Schrader, Leipzigerstrasse 17.

Mechanische u. optische Instrumente
Karl Schaefer, Gr. Steinstrasse 29.

Möbel etc.
Fr. Naumann, Rathausstrasse 14.
G. Schsible, Gr. Märkerstrasse 26 und Alter Markt 1.

Mostrichfabrik
J. Seydel, Rathausstrasse 15.

Musikinstrumente
Alb. Hoffmann, Leipzigerstrasse 56.

Papier- und Schreibwaren
Aug. Weddy, Leipzigerstrasse 22-23.
Otto Strube, Barfüsserstrasse 11.

Parfümerie- und Toiletteartikel
Ernst Rosa, Gr. Steinstrasse 8.

Photographische Artikel
Hugo Schulze, Neumarkt-Drogerie.

Photographisches Atelier
Alfr. Pieperhoff, Hofphotograph, Poststrasse 19.

Puppen und Spielwaren
Klooss & Bothfeld, Gr. Ulrichstrasse 8.

Reiseeffekten, Koffer etc.
Hans Milzark, Gr. Ulrichstrasse 56.

Sämereien
Wilhelm Greil, Markt 7.

Schreibmaschinen
Max Schultz, Martinstrasse 11.
Aug. Weddy, Leipzigerstrasse 22-23.

Schirme und Stöcke
Fritz Behrens, Inhaber: Bruno Claus, Grosse Steinstrasse 85.

Schuhe und Stiefel
Ph. Christmann, Grosse Steinstrasse 11.

Stahlwaren
Max Turner, Geiststrasse 55

Tapeten und Linkrusta
Herm. Bischoff, Grosse Klausstrasse 4

Tapisseriewaren
M. & E. Mitzacher, Gr. Steinstrasse 3.

Teppiche, Linoleum etc.
Arnold & Troitzsch, Gr. Ulrichstr. 1.

Uhren etc.
A. Herrmann (vorm. J. Meyer), Grosse Steinstrasse 83.
C. Frantz, Burgstrasse 60.

Vogelfutter, Käfige
Wilhelm Greil, Markt 7.

Wäsche und Weisswaren
H. C. Weddy-Pönicke, Leipzigerstr. 6.

Weine und Liköre
Gebr. Zorn, Grosse Steinstrasse 9.

Zahnpraxis
Arno Kreitenmeyer, Leipzigerstrasse 8.
Georg Zeitler, Geiststrasse 26.

Zier- und Aquarienfische
J. Seydel, Rathausstrasse 15.

Kinderwagen.

Nur neue geschmackvolle Formen.
Beste Fabrikate.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Gewerkschaften und Vereinen
sowie den Herren Gastwirten
empfiehlt sich Unterzeichnete zu den bevorstehenden
Sommerfesten u. Wasserfahrten
zur Lieferung von
Stocklaternen, Lichten und Stäbchen.

Bei frühzeitigen Bestellungen kann jeder Wunsch betr. Farbe und Form berücksichtigt werden.

Bei Entnahme von einem Gros ist das Aufdrucken v. Namen und Titeln gratis.

Volksbuchhandlung.

Weissenfels. Jeden Posten **Rabatt-Marken** kauft
Bergstrasse 14, Hof 1 Treppe u. Langenderferstrasse 29, p. r.

Glaserlehrling gesucht geg. Kostgeld.
Königstraße 46.

Ein Junge, welcher jetzt die Schule verlassen hat, wird sofort als

Laufbursche

gesucht. Zu erfragen in der Expedition des Volksblattes.

Suche zu Ostern einen
Lehrling.
Alfr. Grössner, Fleischermstr., Halle a. S., Landwehrstr. 21.

Ernst Häckel

Volksausgabe. Preis 1 M.
Volksbuchhandlung.

Neuheiten in
Wasch-Garnituren,
moderne Formen
1.75 2.50 3.35 4.85 6.25.
Ein Posten vorjährige
— Waschservice —
bedeutend im Preise ermässigt.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Konsumverein Amtsbezirk Teutschenthal.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 31. Dezember 1907.

Aktiva:	ℳ	₰	Passiva:	ℳ	₰
Inventar-Konto 4785.08 Mk. Abschreibung 10% = 478.51 Mk.	4306	57	Anteil-Konto	21295	80
Waren laut Inventur	39151	27	Reservefonds-Konto	6879	00
Außenstände-Konto	4086	07	Reservedividenden-Konto	1078	15
Spareinlagen-Konto	34456	87	Dispositionsfonds-Konto	1387	32
Fastnagen-Konto	221	32	Kautions-Konto	4600	00
Mehlvorräte bei den Bäckern	1085	00	Hypotheken-Konto	7500	00
Debitoren-Konto	399	45	Reingewinn	56766	75
Hausgrundstücks-Konto 15 853.75 Mk. Abschreibung 2% = 317.07 Mk.	15536	68			
Kassen-Bestand	364	41			
Summa Mark	99507	02	Summa Mark	99507	02

Mitgliederstand.

Bei Beginn des Geschäftsjahres am 1. Januar 1907 zählte der Verein . . . . 705 Mitglieder
Es traten im Laufe des Jahres hinzu . . . . . 62 „
Summa 767 Mitglieder

Es schieden aus:
a) durch Tod . . . . . 4 Mitglieder
b) durch Aufkündigung . . . . . 36 „ 40 „
Bleibt Bestand 727 Mitglieder

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 31. Dezember 1906 . . . . 20 555.80 Mk.
Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am 31. Dezember 1907 . . . . 21 295.80 „
Mithin mehr 740.00 Mk.

Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 1. Januar 1907 . . . . . 21 150 Mk.
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 1. Januar 1908 . . . . . 21 810 „
Mithin mehr 660 Mk.

Teutschenthal, den 30. Januar 1908.

Der Vorstand.

K. Koch. Frz. Hennicke. R. Lehmann. Frz. Teichmann.

Morgen, den 31. März:

Schluss des Schuhwaren-Ausverkaufes

Talamtstrasse 9.

Derselbe bietet nie wiederkehrende Gelegenheit, denn die Waren werden weit unter dem Einkaufspreis verkauft, weil der Laden am 1. April geräumt sein muss.

Herren- und Damen-Knopf-, Zug- und Schnürschuhe	jetzt 2.45
Konfirmanden-Knopf- und Schnürstiefel	jetzt 5.00
Damen-Segeltuchstiefeln in allen Größen	jetzt 2.00
Elegante Herren-Stiefeletten Goodyearwelt	jetzt 6.45
Elegante Herren-Schnürstiefeln Goodyearwelt	jetzt 7.00
Elegante Damen-Chevreaux-Schnürstiefel Lackkappe, in allen Größen	jetzt 7.45
Elegante Damen-Knopf- und Schnürstiefel echt Borcalf	jetzt 7.45
Kinderschuhe von 45 Pf. an. Damen-Zugstiefel bis Gr. 38	jetzt 2.45

Moritz Reinicke.

Vom 1. April befindet sich mein Verkaufslokal nur noch Marktplatz 20.

Verlag und für die Inserate verantwortlich August Groh — Druck der Hallerschen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080331-14/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 77. | Halle a. S., Dienstag den 31. März 1908. | 19. Jahrg.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 30. März.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Transport von menschlichen Arbeitstieren.

Wer in diesen Tagen mit der Eisenbahn reisen muß, hat reichlich Gelegenheit, zu beobachten, wie der Transport von ausländischen Arbeitssklaven, die bekanntlich auch von der hiesigen Landwirtschaftskammer „postenweise“ verhandelt werden, wieder einmal großen Umfang angenommen hat. Fast in allen Personenzügen, die ländliche Gefilde durchfahren, befinden sich mehrere Wagen, in denen die menschlichen Arbeitstiere beiderlei Geschlechts hineingepfercht werden, nachdem sie sich stundenlang mit ihren Bündeln und Säcken in den Ecken und Winkeln der Bahnhöfe herumgedrückt haben. Die Wagen, in die diese ausländischen Arbeitssklaven verladen werden, sind die allerschlechtesten Wagen 4. Klasse, die der königlich preußischen Eisenbahnverwaltung zu Gebote stehen, und das will bei dem viertklassigen Wagenmaterial Preußens gewiß viel heißen. Zum Teil sind es aber auch direkt Viehwagen, in die das menschliche Arbeitsvieh verstaut wird. Das vorbildliche Muster, das unsere staatliche Beförderungsanstalt so auf dem Gebiete des modernen Sklaventransportes gibt, reizt natürlich die Unternehmer und Agrarier, die sich solch menschliches Arbeitsvieh kaufen, um den „maßlosen und perfiden“ Forderungen der einheimischen Arbeiter entgegentreten zu können, zur Nachahmung an. Ein Beispiel hierfür bot sich am Sonnabend während der Mittagszeit in den Straßen Halles. Durch die Wuchererstraße und Reilstraße bis nach Trotha fuhren zwei Wagen, die dicht mit polnischen Landarbeitern besetzt waren. Das erste Fahrzeug war ein Wagen, auf dem für gewöhnlich Schutt gefahren wird. Er war so vollgepfropft, daß sich die auf ihm verpackten Arbeitssklaven nicht rühren und regen konnten. Der zweite Wagen mit ganz hohen Seitenwänden diente dem Transport für Großvieh, am Sonnabend transportierte er aber menschliches Arbeitsvieh. Wenn die Insassen dieser Equipage auf die Straße sehen wollten, mußten sie an den Seitenwänden Klimmzüge machen, um einen Blick auf unser schönes Halle zu werfen. — Aehnliche Transporte kann man oft genug hier und anderswo beobachten.

Der deutsche Kaiser hat einmal das stolze Wort ausgesprochen: „Deutschtum ist Kultur“. Und unsere „nationalen“ Unternehmer und Landwirte sind a priori die geborenen Träger dieser Kultur, die ihre „heiligsten Güter“ gegen uns rohe Sozialdemokraten zu verteidigen berufen sind. Sieht man sich aber die oben geschilderten Sklaventransporte an und geht den Ursachen, aus denen heraus unsere patriotischen und echt-deutschen Landwirte und Unternehmer solch ausländisches Arbeitsvieh kaufen, dann drängt sich jedem menschlich Empfindenden die Ueberzeugung auf, daß diese Sorte deutscher Kultur so ziemlich auf gleicher Stufe steht mit der des seligen Buschiri des arabischen Sklavenhändlers in Ostafrika, der von deutschen Kulturträgern aufgehängt wurde.

Der Einkaufsverein der Kohlenhändler

bringt sich, so schreibt uns die hiesige Filialleitung des Transportarbeiter-Verbandes, in der letzten Sonntagsnummer des Volksblattes durch Inserat der Halleschen Arbeiterschaft in empfehlende Erinnerung. — Als die Leitung jenes Vereins im Herbst vorigen Jahres es fertig brachte, ihre männlichen Arbeitskräfte der Arbeitslosigkeit preiszugeben, um mit billigerer Frauenbeschäftigung den Betrieb hochzubringen, da war es das Vorstandsmitglied Schick-Jakobstraße, das da sagte: Ob die Arbeiter wollen oder nicht, sie sind gezwungen bei uns zu kaufen und kaufen auch.“ Damals also die Ueberhebung und heute das Angebot! — Die Herren scheinen recht naiv zu sein, wenn sie glauben, daß Vorkommnisse, wie sie sich hier abgespielt haben, so leicht vergessen werden könnten. Die Arbeiterschaft weiß es, daß die Leiter des Kohleneinkaufsvereins noch nicht das geringste getan haben, um ihr die Arbeiter schädigendes Verhalten zu rektifizieren; denn noch heute läuft ein Opfer jener Entlassung arbeitsuchend herum. Und weil die Arbeiterschaft dies weiß und nichts vergißt, so wird sie auch wissen, wie sie ein Warenangebot obigen Vereins zu bewerten hat.

Eine erhebliche militärische Strafe

verhängte am Sonnabend das hiesige Kriegsgericht der 8. Division gegen den noch jugendlichen Leutnant Artur Bullerich von dem Infanterie-Regiment Nr. 72 in Bernburg. Als die Vertreter der Presse einige Minuten nach dem Beginn der Verhandlung den Gerichtssaal betraten, wurde die Oeffentlichkeit wegen „Gefährdung militärdienstlicher Interessen“ ausgeschlossen. Die Verhandlung dauerte bis in den Spätnachmittag, wodurch der Dienst für die Vertreter der Presse nicht angenehm war. Ueber den zur Anklage stehenden Fall ging uns vor der Verhandlung von Bernburg das Gerücht zu, das durch das Urteil an Wahrscheinlichkeit gewinnt: Der Angeklagte als Bataillonsadjutant sei eines Abends Ende Februar nach der Wache der Karlskaserne in Bernburg gekommen, habe von dem wachthabenden Unteroffizier Littmann einen Schlüssel verlangt und dann im Verlaufe eines Gespräches dem Unteroffizier Littmann eine Ohrfeige appliziert. Das Gericht scheint im vorliegenden Falle den wachthabenden Unteroffizier als Vorgesetzten des Leutnants angesehen zu haben, denn es wurde schließlich nach mehrstündiger Verhandlung folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung einer Wache und Vergreifens an einen Vorgesetzten zu **zwei Jahren**, einem Tage Festung und **Dienstentlassung** verurteilt. Auch die Urteilsbegründung wurde in geheimer Sitzung gegeben. Die erhebliche Strafe, verbunden mit Dienstentlassung, rief nach Verkündigung des Urteils einiges Befremden hervor.

* **Mangelhafte Leitergerüste.** Ein Vorfall, welcher leicht schlimme Folgen haben konnte, passierte am Sonnabend an dem Leitergerüst von H. Becker, Bernburgerstr. 6, indem an demselben eine Sprosse brach. Die darauf beschäftigten Maler kamen noch mit dem Schrecken davon. Die Sprosse war gespalten und so verfault, daß es bei einer genauen Prüfung, wozu es doch den ganzen Winter nicht an Zeit gefehlt hätte, sicher gesehen worden wäre. Auch werden jetzt Bohlen am betreffenden Gerüst verwendet, welche nicht die gesetzlich vorgeschriebene Breite von 28 cm haben. Es ist jetzt Zeit, wo solchen Sachen bessere Aufmerksamkeit zu schenken wäre. Der Gasarbeiterstreik ist doch vorüber.

* **Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes.** Am Sonnabend abend gegen 8 Uhr ereignete sich folgendes Schauspiel: Zwei Geschirrführer der Firma Dehoff gaben sich die größte Mühe, ein paar abgetriebene Gäule nach Hause zu bringen. Eines derselben schien durch Arbeit, Last und Mühe nicht mehr recht vorwärts zu wollen und mußte durch mehrere Personen vorwärts geschoben werden. Die Bemühungen des Führers waren vergebens, so daß das Tier in der Wolfstraße zusammenbrach. Statt daß man das dreiviertelotote Tier abstach, holte man nach längerer Zeit Geschirr mit Hebebäumen und Flaschenzug, wobei Herr Dehoff selbst zugegen war, um das Tier seinen heimatlichen Penaten zuzuführen. Wenn es nicht gestorben ist, lebt es heute noch.

* **Eine Warnung vor verschiedenen aufdringlich angepriesenen Heilmitteln** erläßt das Berliner Polizeipräsidium. Die Firma Dr. Arthur Erhard, G. m. b. H., in Berlin, die von dem Kaufmann Ernst Marlier und dem Schriftsteller Dr. phil. Arthur Erhard begründet wurde, preist in Zeitungsinseraten und Broschüren ihre Mittel „Visnervin“ als „Nerven-Tonikum“ und „Levathin“ gegen Korpulenz an. „Visnervin“ wird in Gestalt von Tabletten verkauft, die im wesentlichen aus einem mit Vanillen und Rosenöl parfümierten Gemenge von getrocknetem Eigelb, Kleber (Pflanzeneiweiß, Milchzucker und Weizenstärke) bestehen und ähnelt in der Zusammensetzung dem „Antineurasthin“ der Firma „Dr. med. Hartmann“, deren Mitinhaber ebenfalls der genannte Kaufmann Ernst Marlier ist. Vor diesem Antineurasthin ist bereits früher gewarnt worden. „Levathin“ wird gleichfalls in Tablettenform hergestellt und besteht zum weitaus größten Teil aus Weinstein mit Zusatz von kohlensaurem Natron, Milchzucker und etwas apfelsaurem Natron; es ähnelt in seiner Zusammensetzung dem Antipositin der Firma „Dr. med. Wagner und Marlier“, deren Mitinhaber ebenfalls der Kaufmann Ernst Marlier ist und vor dem gleichfalls schon früher gewarnt wurde.

Der Kaufmann Ernst Marlier hat ferner mit dem inzwischen verstorbenen „Dr. med. Schröder“ die Firma „Dr. med. Schröder G. m. b. H.“ in Berlin begründet, die in aufdringlicher und prahlerischer Reklame ihre „Blut-Salznahrung Renascin“ ankündigt, die ein mit Vanillin und Zitronenöl aromatisiertes Gemisch, verschiedenen Salzen und von Lecithin, Weinsäure, Milchzucker und Ceralienstärke dargestellt und in Pastillenform verkauft wird.

Den bezeichneten, unverhältnismäßig teuren Mitteln wohnt die ihnen von den betreffenden Firmen beigelegten Wirkungen keineswegs inne.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Ingenieur Paul Haves, Halle a. S., Merseburgerstr. 161. Gebrauchsmustereintragungen. Kl. 9. 332 858. Zahnbürste, deren eigentliche Bürste an einem Griff oder Stiele beweglich angemacht ist. Otto Eichentopf, Naumburg a S. Kl. 11 d. 332 647. Bilderbuch mit an geeigneter Stelle angebrachter Stimme. Fritz Müller u. Felix Pigola, Halle a. S. Kl. 11 e. 332 650. Korrespondenzmappe für den Bankverkehr. Julius Kohen, Aschersleben. Kl. 31 c. 332 259. Eingußleiste aus Schmiedeeisen mit Eingußöffnungen für Formkasten. Richard Hutschenreuter, Saalfeld a. S. Kl. 34 e. 332 873. Ausziehbare Gardinenstange mit aus Schlaufen und in dieser greifender, am Mittelstück befestigter Führungsstange bestehender Führung. Carl Cramme, Halle a. S. Kl. 37 e. 332 808. Stampfform für Betonplatten zur Herstellung von Wänden und Einfriedigungen. Karl Handrick, Naumburg a. S., Kl. 88 a. 332 675. Taumelsäge mit zwei Ringelpaaren, bestehend aus Loch- und Zapfenscheibe zum Einstellen der Säge. Gottfried Mai, Halle (Saale). Kl. 421. 332 419. Kühler für chemische Labarotorien, bestehend aus einem doppelwandigem Mantel und einem Einsatzkühler. Hugo Stotzenberg, Halle a. S. Kl. 41 I. 332 420. Kühler für chemische Laboratorien, bestehend aus einem doppelwandigem Mantel und einem aus einem Hohlkörper und einer Spirale gebildeten Einsatzkühler. Hugo Stoltzenberg, Halle a. S. Kl. 43 b. 332 853. Zigarren- und Zigarettenautomat mit Streichholz- und Aschebehälter und Reklameflächen. Max Göcker, Naumburg a. S. Kl. 64 a. 332 318. Flaschenverschluß ohne Dichtungseinlage, verschließbar durch Drehung auf die mit gewindeartigen Einschnitten versehene Flasche. Gustav Wähdel, Erfurt u. Joseph Gebele, Aschersleben. Kl. 68 d. 332 363. Selbsttätiger Fensterfeststeller mit kreisbogenförmiger aushebbarer Führungsschiene und Halter für die Druckfeder. Hugo Raabe u. Edmund Methfessel, Saalfeld a. S. Kl. 71e. 332 221. Schuhleisten mit nach außen gedrängten Zehen- und Fersenbeinlage und nach innen gedrängter Sprungbeinlage. Hermann Bach, Halle a. S. Kl. 77 f. 332 435. Drehbare Kinderklapper aus Metall. Dr. Pollak u. Co., Halle a. S. — Auskünfte in allen Patentangelegenheiten werden kostenlos erteilt.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Die Dienstagaufführung von Ein Walzertraum ist die letzte in dieser Spielzeit. Die Besetzung ist die gleiche wie bisher. In dieser Woche findet eine nur einmalige Aufführung der Oper Carmen am Mittwoch statt. Die Besetzung ist die bekannte mit der Ausnahme, daß an Stelle von Herrn Frank Herr Bergmann den Escamillo übernommen hat.

Bei vollständig aufgehobenem Abonnement findet am Donnerstag eine einmalige Aufführung der großen Gesangsposse Der jüngste Leutnant statt, und zwar zum Benefiz für das Künstler-Ehepaar Stahlberg. Wie immer beim Benefiz desselben, so ist auch diesmal alles aufgeboten, was Talent zum Singen, Deklamieren, Mimen, Musizieren und was seine Beine, sei es zum Tanzen oder – Turnen in den Dienst der guten Sache stellen will. — Vorbestellungen an der Kasse.

* **Apollo-Theater.** Den vorhergegangenen vorzüglichen Leistungen des Tegernseer Bauerntheaters reihte sich gestern die Aufführung des oberbaierischen Volksstückes Almenrausch und Edelweiß würdig an. Das Stück ist ja schon ziemlich alten Datums und über die Handlung möge man denken wie man will, das eine muß aber gesagt werden, daß sämtliche Darsteller bis zur einfachsten Rolle durch ihre Natürlichkeit eine bis ins Kleinste gelungene Leistung fertig brachten. Hervorgehoben mögen u. a. sein die Rollen der Evi, Kordl und der Margareth; von den männlichen die des Bühelbauers, des Malers Rheinthaler, Mentl, des Wilddiebes und des Hias. Die ausgezeichneten Gesangs- und Zithervorträge erhöhten das Interesse der zahlreich erschienenen Zuhörer, was durch anhaltenden Beifall nach jedem der 5 Akte dokumentiert wurde. h.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Die Tegernseer beenden morgen, Dienstag, ihr Gastspiel. Das oberbayrische Volksstück Almenrausch und Edelweiß wird nur noch heute, Montag, gegeben. Morgen, Dienstag, findet das Abschiedsbenefiz für den Direktor des Tegernseer Bauerntheaters, Herrn Bertl Schultes, statt. Direktor Schultes wird an diesem Abend in einer Novität: Der Lehrer von Seeipitz auftreten. Das Stück behandelt den Konflikt zwischen Kirche und Schule. Herrn Schultes ist darin Gelegenheit geboten, sich in einer seiner Hauptrollen zu zeigen.

* **Im Walhalla-Theater** wird mit dem 1. April ein reichhaltiger Spielplan seinen Anfang nehmen. Außer den schon erwähnten drei goldenen Jungfrauen werden mannigfache Darbietungen auf dem Gebiete der Salonkomik und des Humors für Abwechslung und Erheiterung sorgen. So z. B. Albans Salonduett, Herr Girardet, Robert Steibl usw. Daneben wird auch die plastische Darstellung berühmter Gemälde durch die Truppe des Herrn Henry de Bry einen wirklich künstlerischen Genuß bieten. Jedenfalls werden die verschiedenen Zweige der besseren Varieteekunst, die auf dem neuen Programm vertreten sein werden, allseitigen Beifall finden.

* **Solbad Wittekind.** Die Pforten des Badehauses Wittekind haben sich wieder geöffnet. Gerade für die ersten Frühjahrsmonate empfiehlt sich der Kuraufenthalt in Wittekind ganz besonders, weil der Reilsberg einen vorzüglichen Windschutz bildet und der Südabhang des Berges mit seinen schönen Promenadenwegen von morgens früh bis abends von der Sonne bestrichen wird.

Ammendorf, 30. März. (E. B.) Opfer der Arbeit. Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr fiel der Maurer Franz Schaaf aus Lochau auf den elektro-chemischen Werken in Halle-Ammendorf in eine ätzende Flüssigkeit (200 gradige Säure), so daß er sich Hände und Füße sehr schwer verbrannte. Der Verletzte wurde nach dem Bergmannstrost gebracht. Die Verbrennung hat wahrscheinlich sehr schwere Folgen für den Verletzten. — Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß der Aermste, da kein Krankenwagen zur Stelle war, eine Stunde lang hilflos in seinen Schmerzen liegen mußte, bis er mittelst Brechwagens in das Krankenhaus gebracht wurde.

Lochau, 29. März. (E. B.) Bei der am 27. März stattgefundenen Gemeindevertreterwahl siegte unser Kandidat Genosse Wilhelm Fritsche. Von 119 Wahlberechtigten wählten 41, wovon 35 Stimmen auf unsern Kandidaten entfielen. In der zweiten Klasse wurden Gutsbesitzer Alb. Bennemann und Gutsbesitzer Karl Kluge mit 10 resp. 9 Stimmen bei 20 Wahlberechtigten gewählt. In der ersten Klasse wählte (!) Frau Rittergutsbesitzer Zimmermann ihren Kutscher Karl Schmidt und Herrn Zimmermeister Kuppe.

Zwintschöna, 29. März. (E. B.) Von recht wenig Interesse der Arbeiterschaft legte auch die hier stattgefundene Gemeinderatswahl Zeugnis ab. Von 100 Wählern der dritten Klasse übten nur 36 ihr Wahlrecht aus. Davon erhielten Gutsbesitzer H. Lärich 23, Genosse W. Fischer 18 Stimmen. Es ist tief bedauerlich, daß die übergroße Zahl der Arbeiter fernblieb und so die Wahl des Gegners verschuldet hat. Andrerseits muß man sich auch wundern über die Borniertheit der hiesigen Geschäftsleute, die, obwohl sie wissen, daß unser Ort und die ganze Umgebung durchweg Arbeiterbevölkerung aufweist, es sich nicht versagen können, immer ihre „nationale“ Bürgerseele hervorzukehren und die Gegner der Arbeiterschaft zu wählen. So verkauft z. B. der Milchhändler H. Schmeil seine Milch fast ausschließlich an die Arbeiter in Halle und spielt dabei auch gewiß weidlich den „Arbeiterfreund“. Doch bei der Gemeinderatswahl stimmte er gegen die Arbeiter, wofür die Belohnung auch auf dem Fuße folgte, indem er von den 4 (von 6 Berechtigten) erschienenen Wählern der 2. Klasse gnädigst als Vertreter derselben erkoren wurde. Schade nur, daß nicht auch den sich national betätigenden Schuhmachern eine solche Belohnung zuteil werden konnte. Die schärfste Kritik aber muß es herausfordern, wenn der vor 2 Jahren als Kandidat der Arbeiterschaft aufgestellte und gewählte Bergarbeiter Bauermann für den Gegner seine Stimme abgab. Da B. Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins ist, wird die nächste Versammlung sich mit seiner Person näher befassen müssen.

Stadt-Theater.

Am Sonnabend gastierte zum zweiten und gleichzeitig letzten Male Rudolf Christians in Freytags Lustspiel Die Journalisten. In den letzten Tagen hatten ja die „Zeitungsschreiber“ viel von sich reden gemacht, wenn auch in etwas anderer Weise als von Freytag Gezeichneten. Die Verhältnisse haben sich seit der Entstehung des Lustspiels gewaltig verändert, auch die Presse hat sich dem Wechsel der Zeit angepaßt. Trotzdem aber liegt auch heute noch viel Wahres in den Freytagschen Gestalten. Wer will zum Beispiel behaupten, daß der Oberst Berg heute nicht mehr vorzufinden ist? Und daß die Gattung jener Leute, die da schreiben können rechts und links, nicht ausgestorben ist, dafür bietet grade die heutige Zeit Beispiele genug. Nicht mehr vorhanden sind allerdings die Freytagschen Zeitungseigentümer. Wo ist der bürgerliche Verleger, der sich von seinen Redakteuren so kommen läßt wie der Buchdrucker Hennig? Unser Sonntagsplauderer führte ja vor kurzem einen — natürlich der Phantasie entsprossenen — Vorgang in einer bürgerlichen Redaktion an, der sich zwischen Verleger und Redakteur abgespielt haben soll. Mitunter soll aber die Erfindung nahe an die Wirklichkeit kommen — auch in Halle!

Gespielt wurde recht flott. Herr Christians als Konrad Bolz bot eine Glanzleistung. Die übrigen Rollen waren sämtlich in guten Händen. Eigentümlich berührte es allerdings, daß dem Gaste Beifall im überschwenglichsten Maße gegeben wurde, unseren Halleschen Künstlern dagegen fast gar keiner. Unsere Künstler waren aber auch zu bescheiden, sie überließen dem Gaste das Feld. W. L.

In der Fledermaus trat gestern abend Frl. Hilde Mertes als Stubenmädchen Adele als Gast auf eventuelles Engagement auf. Die Künstlerin ist keine Anfängerin mehr; sie ist schauspielerisch und gesanglich gut geschult. Ihre hübsche Erscheinung, die für die Rolle mehr als ausreichenden Stimmmittel, das prächtige temperamentvolle Spiel, die frische, muntere Ausgelassenheit mußten dem übermütigen Stubenmädchen des Fräulein Mertes die Sympathien des Publikums zuführen. Ihr gesunder Humor und die Schlagfertigkeit im Witz machte nicht den Eindruck des Erkünstelten und Herbeigezerrten, sondern er wirkte natürlich. Das hübsche Lied: „Spiel ich die Unschuld vom Lande“ wurde besonders beifällig aufgenommen. Wie gesagt: Was gestern abend von Fräulein Mertes geboten wurde, verdient uneingeschränktes Lob und läßt den Schluß zu, daß sie das Fach der Opernsoubrette, dessen bisherige vorzügliche Vertreterin, Fräulein Klerwin, uns leider verläßt, gleichfalls gut ausfüllen wird. J. K.

Parteinachrichten.

— **Ein Wahlfonds.** Eine Parteiversammlung für den vierten sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Neustadt) beschloß nach dem Antrage des Agitationskomitees, einen Wahlfonds zu gründen und zu diesem Zwecke pro Mitglied und Jahr 40 Pfennig Extrabeitrag zu erheben.

— **Die Sächsische Arbeiterzeitung** teilt mit, daß sie auf Grund eines Beschlusses der Parteiorganisationen der drei Dresdener Wahlkreise zum 1. Juli d. J. ihren Titel in Dresdener Volkszeitung umändern wird. Es geschieht das, um die Einheitlichkeit der ganzen ostsächsischen Parteipresse herbeizuführen — auch das neugegründete Organ der Oberlausitz sowie die neuen Parteiblätter für den 7. (Meißen), 8. (Pirna) und 9. (Freiberg) Wahlkreis, die in Dresden hergestellt werden, führen sämtlich den Titel Volkszeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621908O331-14/fragment/page=0005
DFG

— **Betrügerische Russen.** Die Pfälzische Post zu Ludwigshafen meldet, daß sich zwei Russen bei dem Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins Ludwigshafen mit Namen Jakob Weiner aus Wilna und Wassily Tschernikow aus Pawlovsk einstellten und um eine Reiseunterstützung ersuchten, da sie auf dem Wege nach der Schweiz und jetzt völlig mittellos seien. Nach Prüfung der Papiere fertigte Genosse Kleefoot eine Anweisung zur Auszahlung von je 2 Mark an den Kassierer unseres Vereins aus und schickte die beiden mit dieser an den Genossen Wagner. Auf dem Wege dorthin haben nun die Schwindler der 2 mit Tinte eine 1 vorgeschrieben, so daß die Anweisung jetzt auf je 12 Mark lautete. Genosse Wagner bemerkte jedoch rechtzeitig die Fälschung und führte die beiden auf die Redaktion der Pfälzischen Post, wo sich dieselben derartig frech und unflätig benahmen, daß zu einer Verhaftung geschritten werden mußte.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen im Baugewerbe sind am Donnerstag beendet worden. Die Verhandlungen bezogen sich auf den vom Arbeitgeberbund aufgestellten sogenannten „Mustertarif". Die Debatten waren mitunter ziemlich scharf, besonders über die Fragen der Akkordarbeit, die Agitation auf der Baustelle, die Vertragsdauer. Der Tarif hat in verschiedenen Punkten eine andre Fassung, als die von den Unternehmern aufgestellte, erhalten. Den Vertretern der Arbeiter gelang es, einige Bestimmungen, an denen sie Anstoß nahmen, zu beseitigen oder doch zugunsten der Arbeiter abzuschwächen.

Dem § 3, der im Entwurf der Unternehmer lautete:

Ueberstunden sowie Nachtarbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten.

ist der Zusatz angefügt:

und dürfen im wesentlichen nur geforbert werden, wenn durch deren Unterlassungen Menschenleben in Gefahr kommen, Verkehrsstörungen eintreten oder zu beseitigen sind. Ferner bei dringenden Reparatur- und Installationsarbeiten in Theatern, Fabriken und bei ähnlichen Arbeiten.

Das Wort „tüchtige" ist nunmehr aus dem Tarif gestrichen. — Die Bestimmung, daß für minder leistungsfähige Arbeiter geringere Löhne vereinbart werden können, hat eine andre Fassung erhalten und lautet jetzt:

Für Gehilfen die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, für jugendliche Arbeiter sowie für Junggesellen im ersten und zweiten Jahre nach beendigter Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden.

§ 5 lautet:

Akkordarbeit ist zulässig; die Akkordpreise unterliegen besonderer Vereinbarung.

§ 6 setzt die Lohnzahlungsperiode ohne wesentliche Aenderungen fest.

In § 9 verpflichten sich die Parteien, Streiks, Bausperren und Aussperrungen, welche im Widerspruch mit dem Vertrage ausbrechen sollten, nicht zu unterstützen.

§ 10 verbot in seiner ursprünglichen Fassung „jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle bei sofortiger Entlassung". Der § 10 ist wesentlich geändert worden. Er lautet jetzt:

Das Zusammenarbeiten mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitnehmern auf ein und derselben Arbeitsstelle darf nicht beanstandet werden. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Jegliche Agitation während der Arbeitszeit ist verboten. Die Pausen gelten nicht als Arbeitszeit. Anders- oder nichtorganisierte Arbeiter dürfen in Pausen sowie vor und nach der Arbeitszeit nicht belästigt werden. Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist andern als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeitgebers nicht gestattet. Die Zugehörigkeit zur Organisation darf kein Grund zur Entlassung sein; ebensowenig darf der Austritt aus der Organisation vom Arbeitgeber verlangt werden. Arbeitsordnungen dürfen den Vertragsbestimmungen nicht zuwiderlaufen.

§ 11 enthält die Bestimmung, daß der Vorstand des Arbeitgeberbundes und die Vorstände der vertragschließenden Gewerkschaften die Einzelverträge zu genehmigen haben.

Neben dem so umgestalteten „Mustertarif" sind Erläuterungen vereinbart und protokollarisch festgelegt worden. Hinsichtlich der Arbeitszeit haben sich die Parteien dahin geeinigt, daß da, wo die Arbeitszeit bis 10 Stund. beträgt, zurzeit keine Verkürzung derselben eintreten soll.

Mit dem Abschluß der hier mitgeteilten Verhandlungen ist die gegenwärtige Bewegung im Baugewerbe noch keineswegs beendet. Auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des „Mustertarifs" sind jetzt die Einzeltarife in den verschiedenen Orten oder Bezirken zu beraten. Es handelt sich dabei um Festsetzung der örtlichen Verhältnisse, besonders der Lohnsätze.

Die Aussperrung, welche die Unternehmer für den Fall des Nichtzustandekommens der Tarife für den 1. April angedroht hatten, unterbleibt vorläufig. Ob es überhaupt nicht zum Kampfe von seiten der Unternehmer kommt, läßt sich jetzt noch nicht sagen, denn wenn auch nur einer der noch zu beratenden Einzelverträge nicht zustande kommen sollte, wäre immer noch die Situation gegeben, welche die Unternehmer zur Voraussetzung der allgemeinen Aussperrung gemacht haben. Gegenwärtig herrscht also im Baugewerbe Waffenstillstand. Ob er zu einem dauernden Frieden führt, wird sich erst nach Mitte April entscheiden können.

Der Oberhirsch als Streikbrecheragent. Der Vorwärts berichtet: „Bei der Firma Gubisch in Liegnitz sind die im Metallarbeiterverbande organisierten Arbeiter wegen Akkordpreisabzüge dieser Tage in den Streik getreten. Die Hirsch-Dunckerschen hatten zuerst versprochen, sich ebenfalls an diesem Abwehrkampfe zu beteiligen, auf Veranlassung des Herrn Strohfeld aber sind sie dann doch im Betriebe geblieben. Indessen das wäre — obgleich schlimm genug — immer noch das schlimmste nicht. Aber Herr Strohfeld will den Streikenden direkt in den Rücken fallen durch Lieferung von Streikbrechern! Auf dem Breslauer Bureau des Metallarbeiterverbands meldeten sich verschiedene Gewerkvereinler, die bei ihrem von Herrn St. geleiteten Arbeitsnachweis um Stellung nachgesucht hatten und von diesem an die Firma Gubrich verwiesen worden sind und auch Reisegeld nach Liegnitz erhalten haben!" — Dem dreifachen Gewerkvereinsblättchen in Weißenfels passt es natürlich nicht, daß das Verhalten der Hirsche mit den richtigen Worten belegt wird. In einem längeren Artikel versucht man klarzulegen, daß der Metallarbeiterverband den Streik aus reiner Wollust provoziert habe. Wenn das aber der Fall ist, dann ist das Tun der Hirsche kein Streikbruch. — Mit diesen Mädchen habe sich die Führer der Hirsche schon so oft entschuldigt, daß — man es ihnen bald glaubt!

Vom Herrenstandpunkt. Am Sonnabend nachmittag hat in Hamburg eine Sitzung des Vorstandes der Gruppe deutscher Schiffswerften stattgefunden, in welcher eine Strafaussperrung von 30 Prozent der Arbeiter beschlossen wurde! Der Scheingrund, der Streik auf den Howaldswerken, ist weggefallen, da die Arbeiter schon am Freitag die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hatten. Trotzdem erfolgt die Aussperrung und zwar — weil die Arbeiter nicht am 21. März die Arbeit wieder aufgenommen haben. Betroffen werden von der Aussperrung etwa 12 000 Mann.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Eine verpfuffte Staatsaktion.** Wegen „Auflauf" (§ 116 St. G. B.) hatten sich vor der Strafkammer in Tilsit die Genossen Hofer, Ludwigkeit, Kurschal und Naujoks zu verantworten. Wegen Auflaufes wurde auf Freisprechung erkannt wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten Aufzuge gab es 100, 50, 30 und 10 Mark Geldstrafe. Beantragt waren je drei Wochen Gefängnis.

§ **Strafkonto der Presse.** Das Frankfurter Schöffengericht verurteilte den Genossen Quint von der Volksstimme zu Frankfurt a. M. wegen Beleidigung eines Bäckermeisters zu 150 Mark Geldstrafe. Die Volksstimme hatte eine Zuschrift des Bäckerverbandes gebracht, in der von den Schlafräumen für die Gehilfen bei dem Meister als „unbeschreiblichen Salonzimmern" gesprochen wurde. In der Verhandlung bekundeten einige Zeugen, daß die Behauptungen der Volksstimme vollständig den Tatsachen entsprächen. Das Gericht kam trotzdem zu einer Verurteilung. Aus dem höhnischen Ton des Artikels gehe die Absicht der Beleidigung hervor.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 28. März.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Reuter; Ankläger: Assessor Lindemann.

Wegen Rückfalldiebstahls war ein hiesiger, bereits 3mal vorbestrafter Schmiedegeselle angeklagt. Er hat im Monat Februar einem Uhrmacher ein Fahrrad und einem Kaufmann einige Flaschen Sekt, Rum und Kognak entwendet. Auf Grund seines Geständnisses wurde er unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Handelsgärtnerei oder landwirtschaftliche Gärtnerei? Mit dieser Frage befaßte sich das Gericht in der Sache des Gärtnerlehrlings Ackermann von Merseburg. Der junge Mensch war vom dortigen Schöffengericht zu einer Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er die städtische Fortbildungsschule nicht besucht hatte. Sein Meister, Gärtner Rockendorf und er selbst machten in der Berufungsinstanz geltend, der Lehrling werde nicht in einer Handels- oder Kunstgärtnerei beschäftigt, sondern in einer landwirtschaftlichen Gärtnerei, denn der Meister bewirtschafte sechs Morgen Land. Das Schöffengericht hatte darauf Gewicht gelegt, daß der Meister nebenbei auch ein Ladengeschäft betreibt. Die Berufungsinstanz kam aber zu der Ansicht, daß im vorliegenden Falle der landwirtschaftliche Betrieb den Gewerbebetrieb überrage und sprach den Lehrling frei.

Straferhöhungen durch Berufungen. Vor einiger Zeit berichteten wir über eine Schöffengerichtsverhandlung, in der zwei Handlungsgehilfen und zwei Kutscher wegen Unterschlagung zu Geldstrafen von 40 bis 75 Mark verurteilt wurden. Sie hatten in einer hiesigen Eierhandlung allerlei Unredlichkeiten auf Kosten ihres Chefs verübt. Der Schaden mag sich auf 400 bis 500 Mark belaufen, obwohl die vier ihn geringer angeben. Auf die Berufung des Amtsanwalts wandelte die Strafkammer die Geldstrafen in Gefängnisstrafen um. Es wurde nicht bloß Unterschlagung sondern auch Diebstahl als vorliegend angenommen. Die Handlungsgehilfen erhielten zehn bezw. vierzehn Tage Gefängnis; die Kutscher je fünf Tage.

Von den herrschaftlichen Dienern. Ein 30jähriger Arbeiter in Hannover war früher in Halle herrschaftlicher Diener. Im Jahre 1905 wurde er Kassierer des Vereins für Geschäfts-, Kontor- und herrschaftliche Diener. Der Verein zählt im Durchschnitt jährlich 26 bis 28 Mitglieder, die einen Jahresbeitrag von 6 Mark zahlen. Der Kassierer unterschlug im Laufe der Zeit 277 Mark. Zur Verdeckung seiner Unterschlagungen legte er dem Vorstand eine fälschlich mit dem Namen eines Musikdirigenten unterzeichnete Quittung über 96 Mark vor, die der Betreffende für Musik an Vereinsvergnügen noch zu fordern hatte. Die Strafkammer verurteilte den untreuen Vereinskassierer zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte acht Monate beantragt.

Eine Zeitung mit zwei Abonnenten. Der schon fünfmal wegen Eigentumsvergehen vorbestrafte 37jähr. Agent Karl Ebert vor hier gründete im August 1906 eine Zeitung unter dem stolzen Titel: „Deutsche Grundstücksverkaufsbörse". Er selbst nannte sich Direktor dieser angeblichen Börse. Er pries seine Zeitung als ein ganz hervorragendes Publikationsorgan an, das den Zweck habe, Grundstücksverkäufe zu vermitteln. Er redete von so und so vielen Spezialabteilungen für Kommissions-, Hypotheken usw.-Wesen. Er behauptete, an fast allen Plätzen des In- und Auslandes Vertreter zu haben. In Wahrheit hatte er nur vier bis sechs, die aber wegen mangelnden Verdienstes sehr bald mit ihm in Differenzen gerieten. Infolge der „prahlerischen Reklame", wie sich ein früherer Angestellter des Herrn Verkaufsbörsendirektors vor Gericht ausdrückte, machte die Zeitung den Eindruck eines großartigen Unternehmens, erschien aber in sehr geringer Auflage und überdies sehr unregelmäßig. Ebert ließ jedesmal 1000 Exemplare drucken, die er dann in Pausen mit jeweilig veränderten Datum versandgabte, wöchentlich höchstens bis zu 300 Nummern. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hat die Zeitung ganze zwei Abonnenten für einen vierteljährlichen Abonnementspreis von 1,50 Mark gehabt! Eberts Geschäftsträume bestanden in einem einzigen Bureau, in dem er drei Kontoristen oder Kontoristinnen beschäftigte. Seinen auswärtigen Vertretern gab er die respektgebietenden Titel „Subdirektoren". Er hielt sich 12 größere Zeitungen, aus denen er alle auf Grundstücksverkäufe bezüglichen Annoncen ausschneiden und in ein Buch kleben ließ. Dann bot er, den betreffenden Inserenten seine Vermittlung an. Im Punkte Provision war er äußerst kulant; es lag ihm vor allem daran, Inserate für sein Blatt zu erhalten. Verkäufe hat er im ganzen zwei zustande gebracht. Nach Aussage eines früheren Angestellten soll er sich persönlich gar keine Mühe um Verkaufsvermittlungen gegeben haben, sondern lieber herumgereist und „den Weibern nachgelaufen" sein. Sehr eifrig ließ Ebert von seinen Kontoristen und „Subdirektoren" Jagd auf Inserate machen. Er soll zu ihnen geäußert haben: „Seht nur zu, daß ihr einen Auftrag auf ein Inserat bekommt, und wenn's nur 10 Mark bringt!" Er erhielt auch eine ganze Anzahl Inserate, die aber bei der Art des Blattes für die Inserenten völlig wertlos waren. Die Insertionsgebühren beliefen sich auf 20 bis 100 Mark. Durch solche nutzlosen Inserate sind eine Menge Personen um insgesamt etwa 1000 Mk. geschädigt worden. Die „Subdirektoren" hielten nie lange bei Ebert aus, weil sie nur schwer Geld von ihm bekommen konnten und auch sehr bald merkten, daß das Unternehmen nicht reell sei. Manche haben noch jetzt Geld von ihm zu beanspruchen. Auch im Bureau soll sich Ebert nicht allzuviel haben sehen lassen, pünktlich nur dann, wenn der Geldbriefträger zu erwarten war. Die eigne Frau soll sich im Kontor darüber beklagt haben, daß ihr Mann, statt zu arbeiten, sich lieber in den Kneipen mit Frauenzimmern herumtreibe. Auf Beschwerde eines „Subdirektors" soll sie erwidert haben: „Ja, natürlich ist das alles nur Schwindel, aber heutzutage kann man ja überhaupt nur vom Schwindel leben!" Einen andern Agenten soll sie einem Schulmeister geschildert haben, der noch zu reelle Ansichten habe und daher nicht in das Geschäft tauge. Die Frau bestritt vor Gericht sehr entschieden, solche „dummen" Aeußerungen getan zu haben. Eine Kontoristin mußte öfter ohne Eberts Wissen postlagernde Sendungen an ihn im Auftrage seiner Frau abholen. Die das Mädchen mit echt weiblicher Neugier aus den Postkarten ersah, enthielten die geheimen Sendungen verliebte Bestellungen von „Damen". Einem Inserenten gegenüber versicherte Ebert, seine Zeitung werde „in ganz Deutschland" gelesen, und das Inserat werde binnen 14 Tagen bestimmt Erfolg haben. Ein Geschäftsmann, der sein Grundstück verkaufen wollte, erhielt eine Zeitlang jede Woche eine Nummer der ihm von Ebert als weitverbreitet und höchst erfolgreich angepriesenen Zeitung zugeschickt. Zu seiner nicht geringen Verwunderung entdeckte er, daß jede Nummer ganz denselben Inhalt hatte — nur das Datum der gleichlautenden Exemplare war verschieden!

Der Staatsanwalt bezeichnete das Geschäftsgebaren des Ebert als gemeingefährlich; sein Unternehmen sei nichts weiter als ein raffiniert angelegter Betrug zu dem Zwecke, den Leuten durch wertlose Inserate Geld aus den Taschen zu locken. Da der Angeklagte auch mit Rücksicht auf seine Vorstrafen die Zubilligung mildernder Umstände nicht verdiene, so sei er in eine Zuchthausstrafe von einem Jahre sechs Monaten zu nehmen. Der Verteidiger wies darauf hin, daß „ähnliche Konkurrenzunternehmen" noch mehrfach unangefochten beständen. Das Vorgehen gegen Ebert sei nur durch den Rachekatt eines hiesigen Konkurrenzunternehmens veranlaßt worden. Die Strafkammer fand den Angeklagten des Betruges schuldig und verurteilte ihn unter Zubilligung mildernder Umstände zu vier Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Es möge ja leider richtig sein, daß es heutzutage noch ähnliche zweifelhafte Unternehmen gebe; aber das könne das unlautere Geschäftsgebaren des Angeklagten noch nicht straflos machen, wenn auch immerhin das verführerische Beispiel ähnlicher Manöver seine Schuld mildere.

Vermischtes.

* **Betrügerischer Postbeamter.** In Rodenbach wurde der Postaspirant Valenta verhaftet, der mit Hilfe gefälschter Unterschriften die sächsische Forstverwaltung in Oelsnitz und die österreichische Post um große Summen betrogen hat. Ein weiterer Beamter und ein Buchdrucker wurden in Wien verhaftet.

* **Opfer der Berge.** In Seefeld ist der Berliner Zoologe Dr. Philippi von einem Felsen abgestürzt. Er wurde schwer verletzt in ein Wiener Krankenhaus gebracht. — In Salop (Böhmen) stürzte der Steuerbeamte Jerabek in eine 40 Meter tiefe Schlucht und blieb tot.

* **Schiffszusammenstoß.** Auf dem Flusse Humber stießen der Passagierdampfer Leicester und der norwegische Kohlendampfer Sfien zusammen. Der Leicester hatte 400 Auswanderer an Bord. Die Mannschaft mußte mit Gewalt die Auswanderer von den Booten zurücktreiben. Ueber die Zahl der Verletzten liegen noch keine Meldungen vor.

*Ein liebesdurstiger Priester. Der 25jährige Priester Diapelia in Rom, der bei seinem Bruder wohnte, machte seiner Schwägerin Liebesanträge. Als sie ihn abwies, tötete er sie durch Revolverschüsse und entfloh. Er wurde jedoch eingeholt und verhaftet.

Briefkasten der Expedition.

Zeitz. Bericht Liberale Versammlung folgt morgen. Platzmangel.

F. G. Wolfen. Es sind schon ganz andere Sachen als „nicht im öffentlichen Interesse liegend" von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Erheben Sie Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft. Unsere Meinung wollen wir lieber für uns behalten, sonst könnte uns leicht im öffentlichen Interesse eine Klage angehängt werden.

Ammendorf. Ihre mit Bleistift durchaus undeutlich geschriebene Anfrage ist nicht zu entziffern. Lassen Sie die Anfrage von jemand anders mit Tinte schreiben, oder sprechen Sie während der Sprechstunden im Arbeitersekretariat vor.

J. N., Greppin. Sie können von der Miete nichts abziehen. Am besten ist, Sie kündigen wieder.

P. H. i. S. Den Termin brauchen Sie nicht wahrzunehmen. Es wird in Ihrer Abwesenheit Versäumnisurteil erlassen. Straffällig machen Sie sich da durchaus nicht. Verjährung von Warenschulden tritt nach vier Jahren ein, wenn die Bestellung für den Gewerbebetrieb erfolgte, sonst nach zwei Jahren

E. K. 100. Wenn ein Testament nicht vorhanden, dann erbt die Mutter ein Viertel, die übrigen drei Viertel werden an die Kinder zu gleichen Teilen verteilt, ohne Abzüge für Lehrgeld usw. oder Zuschüsse für die, welche zu Hause geblieben sind. Die Vollmacht kann auch ein Notar ausstellen.

R. M. Wer mehr als drei minderjährige Kinder zu ernähren hat, kann die Vormundschaft ablehnen. § 1786 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Petersburg, 30. März. Nach einer Depesche aus Sebastopol will die Geheimpolizei dort einer neuen Verschwörung der Schwarz-Meer-Flotte auf die Spur gekommen sein. Die Polizei veröffentlicht alle Einzelheiten des angeblichen Komplotts. Auch in Wladiwostok soll eine ähnliche Verschwörung entdeckt sein.

Odessa, 30. März. In dem in ganz Rußland bekannten Apothekendepot Lemme wurden von der Polizei Bomben gefunden. Der Kriegsminister ließ das Depot schließen.

Neuyork, 30. März. Obwohl die Polizei gestern die Erlaubnis zu einer Straßendemonstration verweigert hatte, veranstalteten 10 000 Arbeitslose einen Umzug. Berittene Schutzleute hieben mit Knüppeln auf sie ein und verletzten viele. Der bekannte Sozialist Robert Hunen bezeichnet das Vorgehen der Polizei als geradezu schmachvoll.

Larwick, 30. März. Auf einem englischen Kohlenschiff, das sich auf der Fahrt von Neuyork nach Stockholm unterwegs befand, fand eine Explosion statt, nach der das Schiff sank. Dreizehn Mann der Besatzung wurden getötet. Zwei, die durch die Explosion in das Meer geschleudert waren, konnten gerettet werden.

Rom, 30. März. Ein neuer Skandal a la Nafi ist an das Tageslicht gekommen. Beim Bau des Justizpalastes sind große Summen Staatsgelder unterschlagen worden. Einige Architekten und Zivilingenieure wurden bereits entlassen. Zwei frühere Minister und ein Unterstaatssekretär sind durch die Affäre kompromittiert.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 30. März. Der 65jährige Fleischbeschauer August Richter, Landsberger Allee 44, wurde gestern früh auf seiner Haustreppe unter Umständen aufgefunden, welche einen Mord nicht ausgeschlossen erscheinen lassen. Richter kehrte am Sonnabend abend aus einem Restaurant zurück. Der 18jährige Arbeiter Jagutes, der um 1 Uhr in seine Wohnung zurückkehrte, sah Richter schlafend auf dem Treppenfenster im ersten Flur sitzen. Kurz darauf meldete der gleichfalls in demselben Hause wohnende Arbeiter Lippmann der Polizei, daß Richter schlafend und betrunken auf der Treppe liege. Die Polizei fand

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080331-14/fragment/page=0006

dagegen den Richter tot vor. Die Leiche wies eine starke Beule an der Stirn auf. Da die Uhr und das Portemonnaie des Toten versteckt in dem Bette Lippmanns aufgefunden wurde, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß derselbe der Mörder ist.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Halle: Arbeiterbildungsverein, Lichtbildervortrag, Sonntag, 5. April.

Eisleben: Ortskrankenkasse II, Montag, 6. April.

Bestimmungen

über die Benutzung der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Die Bibliothek steht jedem Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins, des Metallarbeiter- und des Tapezierer-Verbandes sowie des Arbeiter-Bildungsvereins für Halle und den Saalkreis nach Vorlegung des Mitgliedsbuches unter folgenden Bedingungen unentgeltlich zur Verfügung:

1.

Entliehene Bücher dürfen bei einem Umfange von ca. 100 Druckseiten nicht länger als 3 Wochen, solche von größerem Umfange nicht länger als 6 Wochen behalten werden.

2.

Mitglieder, welche die oben festgesetzte Frist überschreiten, haben für jede weitere Woche 5 Pf. Benutzungsgebühr zu entrichten. Weigert sich ein Mitglied, diese Gebühr zu zahlen, verliert er das Anrecht auf Benutzung der Bibliothek.

3.

Die Ausgabe und Annahme von Büchern erfolgt jeden **Sonntag von 10 bis 12 Uhr mittags** und bis auf weiteres **Mittwoch, abends von 8 bis 8¾ Uhr.**
Ebenso werden vor und nach den im Vereinslokal (Volkspark) stattfindenden Versammlungen Bücher ausgegeben.

4.

Der Leser ist für den guten Zustand des entliehenen Buches verantwortlich. Bei etwaigem Verlieren hat er das Buch zu ersetzen.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Auskunftsstelle der Gewerkschaften zu Zeitz.

Die Auskunftsstelle in allen gewerblichen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten über Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung, Mietsfragen, Dienstboten-Angelegenheiten usw. befindet sich in der Bismarckstraße 14 I und ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 5—7 Uhr nachmittags.

Vom Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen a./K. Am 24. und 25. März fanden an der höheren technischen Lehranstalt für Maschinenbau-, Elektrotechnik-, Eisenhoch- u. Brückenbau-, Hoch- und Tiefbau-Wesen die Wintersemesterprüfungen statt. Von 31 Kandidaten konnte allen mit Ausnahme eines Einzigen das Zeugnis der Reife erteilt werden. Die am Kyffhäuser-Technikum herrschende Unterrichtsmethode erstrebt eine harmonische Vereinigung von Theorie und Praxis, die die nachhaltigste Unterstützung in der Verwendung der modernen, vorzüglich eingerichteten Versuchslaboratorien für Maschinenbau und Elektrotechnik findet. Mit einem Kostenaufwande von fast 100000 Mk. sind die neuen Versuchsräume und Maschinenanlagen, die mehr als 750 Quadratmeter Grundfläche bedecken, geschaffen worden.

Anmeldungen, die umgehend erfolgen, finden noch für das am 22. April beginnende Sommersemester Berücksichtigung.

„Siegerin" und **„Mohra"** sind die einzigen Margarine-Marken, welche berufen sind, den Mangel an **Naturbutter** auszugleichen. In jeder Verwendungsart gleichen diese beiden **Elitemarken** der Naturbutter, sind aber bedeutend billiger als diese.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr Aktiengesellschaft, Altona-Bahrenfeld.

50 eigene Fisch-Dampfer.

Nordsee-Halle.

Seefische billig!
Von frischer Sendung empfehlen wir:
ff. Kabeljau im Anschnitt p. Pfd. 20 Pf.
ff. Seelachs im Anschnitt p. Pfd. 20 Pf.
ff. Schellfisch im Anschnitt p. Pfd. 30 Pf.
Ia. Helgol. Schellfisch, groß p. Pfd. 40 Pf.
Ia. Helgol. Schellfisch, mittel p. Pfd. 35 Pf.
Ia. Helgol. Schellfisch, Portions p. Pfd. 25 Pf.
Bratschellfisch p. Pfd. 20 Pf.
Alle anderen Seefische billigst!
Aus der Räucherei!
ff. goldgelbe Bücklinge per Kiste 75 Pfg.
ff. Danziger Sprotten per Kiste, Inh. ca. 4 Pfund, 75 Pfg.
Norderneyer Pfahlmuscheln per 100 Stück 50 Pfg.
Nordsee-Halle der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee", Große Ulrichstraße 58. Telephon 1275.
Eigener Seehafen.

Die Vorzüge meiner Schultornister,
solide haltbare Qualität und billiger Preis, sichern mir dauernden Erfolg. Alljährlich steigt der Umsatz, weil sich haltbare Ware selbst am besten empfiehlt.
Schultornister für Knaben und Mädchen in großer Auswahl von den billigsten bis zu den feinsten.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Arbeiter-Bildungsverein zu Halle a. S.

Sonntag den 5. April 1908 im großen Saale des „Volkspark" (Burgstraße 27)

Gr. Lichtbilder-Vortrag

vom Institut „Kosmos", Leipzig (H. Rich. Laube) über die Insel **Island**, die heißen Quellen 2c. Ueber **120 Riesenlichtbilder** in künstlerischer Ausführung unterstützen den Vortrag über die selbstausgeführte Reise des Referenten. — Einlaß 7 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr. — Entree 20 Pfg.; gegen Vorzeigung d. Mitgliedsbuches 10 Pfg. Kindern wird der Zutritt verweigert. — Gäste willkommen!

Der Vorstand.

Damen-Boxcalf-Stiefel à 6⁹⁰
Damen-Chevreaux-Stiefel à 6⁹⁰
so lange Vorrat bei
Hans Sachs, Gr. Ulrichstr. 32.

Da capo.
Eine Sammlung origineller, humoristischer und satirischer **Deklamationen und Kuplets** nach bekannten Melodien.
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung** Harz 42/43.

Achtung! Achtung!
An die Expedienten und Austräger.
Auch in diesem Jahre erscheint eine künstlerisch illustrierte
Maifest-Zeitung.
Preis 10 Pfg.
Um recht zeitig und pünktlich liefern zu können, ist es nötig, daß die Expedienten und Austräger ihren eventuellen Bedarf bis **1. April** angeben.
Die Volks-Buchhandlung. Halle a. S., Harz 42/43.

Schultüten! Schultüten!
Größte Auswahl! Preiswert!
Tütenkonfekt von den billigsten Preisen an, empfiehlt
Albert Hampe,
Schokoladen-, Zuckerwaren- und Honigkuchen-Fabrik, Leipzigerstr. 66. Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Zeitz.

Allen Kranzspendern sowie den Trägern unseres lieben **Felix** nochmals **besten Dank.**

Familien **Petzold u. Scheuer.**

Ergebenste Mitteilung,
daß ich mit heutigem Tage mein Geschäft von **Hospital 1** nach **Altenburgerstrasse 47** verlegt habe und bitte, mich ferner mit Ihren geehrten Aufträgen beehren zu wollen.
Achtungsvoll **Gustav Herold, Zeitz,** Blumengeschäft.

Zeitz. **Zeitz.**
Meiner werten Kundschaft zur gefälligen Nachricht, daß ich meine **Schuhmacherei** von **Hospitalstr. 1** nach **Altenburgerstr. 47** verlegt habe. Gleichzeitig empfehle ich mich zur **Massarbeit** und **Reparatur** prompt und billig.
Achtungsvoll **Karl Rösch,** Schuhmachermeister.

Blendend weisse Wäsche
erzielt man mit
DR THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER
Dr. Thompson's SEIFENPULVER
½ ℔ Paket **15** Pfg.

Hallescher Bau-Verein.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Bilanz vom 30. Sept. 1907.

Aktiva.		Passiva.	
Kassa-Konto	677,60	Konto-Korrent-Konto	6293,86
Sparkassen-Konto	1,06	Anteil-Konto	6393,14
Kautions-Konto	15,00	Reservefonds-Konto	506,51
Bau-Konto	99748,24	Hypotheken-Konto	84985,00
Konto-Korrent-Konto	171,00	Hypothek.-Zins-Konto	875,00
		Dispositionsf.-Konto	10,20
		Reservehilfs-Konto	18,61
		Gewinn- u. Verlust-K.	1580,68
Sa.: Mk.	100613,00	Sa.: Mk.	100613,00

Gewinn- u. Verlust-Konto.

Debet.		Kredit.	
30. September 1907: An Verwaltungs-Konto	540,29	1. Oktober 1906: Per Gewinn-Vortrag	807,45
30. September 1907: An Gewinn	1530,68	30. September 1907: Per Geb.-Ertr.-Konto	1263,52
Sa.: Mk.	2070,97	Sa.: Mk.	2070,97

Mitgliederbewegung.

Bestand bei Beginn des Geschäftsjahres 1906/07	44 Genossen
im Laufe des Geschäftsjahres hinzugetreten	9 „
Bestand am Schlusse des Geschäftsjahres	53 Genossen
Die Haftsumme der Genossen vermehrte sich mit 55 Anteilen um	2700 Mk.
Die Haftsumme der Genossen betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1906/07	16500 Mk.

Halle a. S., den 30. September 1907.

Der Vorstand.

Richard Schwenke. Karl Wagner.

Wieder neu erschienen:
Beruf der Hausfrau und Mutter.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für junge Hausfrauen und Mütter in allen Angelegenheiten des Hauswesens, der Ernährung, Erziehung und Gesundheitspflege der Kinder.
Mit einem Anhang:
Ausführliches, praktisches und einfach bürgerliches **Kochbuch.**
Von Clementine Horn. — Preis 1 Mk.
Die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 28. März.

Aufgeboten: Druckereibesitzer Kaeufer-Klepp und Helene Mikusky (Kaiserstraße 25 u. Halberstädterstr. 3). Arbeiter Grimm und Selma Messing (Feldstr. 3 und Charlottenstr. 14). Mechaniker Schoeneberger und Alma Sens (Turmstraße 4). Hilfsschaffner Klinger u. Anna Fuchs (Halle a. S. und Dieskau). Arbeiter Kohlstedt und Selma Bocke (Langenbogen und Markröhlitz). Bergmann Köcknitz und Wilhelmine Schulze (Nietleben u. Halle a. S.). Maurer Pinternagel und Alma Müller (Essen-Rüttenscheid und Schkölen).

Eheschließungen: Arbeiter Stummer und Berta Maurer (Bäckerstraße 5 und 8). Arbeiter Pawlikowski und Anna Lewinski (Bruckdorferstraße 5 und Merseburgerstraße 18). Arbeiter Knote und Martha Fuchs (Kellnerstraße 16). Postbote Bauer und Berta Roick (Elsterwerda und Pfännerhöhe 14). Schneider Tietze u. Helene Schulze (Leipzig-Gohlis und Albert Schmidtstraße 7).

Geboren: Arbeiter Kuhnt T. (Lindenstr. 71). Schlosser Löchel S. (Klinik). Former Rentsch S. (Torstr. 28). Arbeiter Barth T. (Unterplan 9). Arbeiter Schulze S. (Gr. Brauhausstraße 31). Arbeiter Witt S. (Prinzenstr. 8). Kaufmann Stange S. (Magbachstr. 1). Arbeiter Schulze T. (Ladenbergstraße 1). Schlosser Pfeiffer T. (Schmiedstr. 35). Tischler Leitloff S. (Mittelwache 11). Postboten Lorenz S. (Wolfstr. 20). Maurer Grünhagen S. (Beesenerstraße 11).

Gestorben: Gastwirts Uhde aus Röglitz S., totgeb. (Klinik).

Halle-Nord, Burgstr. 38, 28. März.

Aufgeboten: Arbeiter Hübner und Sophie Schmidt (Petersbergstraße 41 u. Köthenerstr. 4). Landwirt Schladebach u. Martha Stempler (Lessingstr. 20). Maler Roth und Anna Heidenreich (Wettin und Hermannstraße 1).

Eheschließungen: Eisendreh. Gründler u. Hulda Beck (Gartenstraße 6 u. Mühlberg. 11). Schleifer Stollberg und Luise Maruhn geb. Stiefler (Alte Promenade 38 und Wielandstraße 1). Arbeiter Friedrich und Minna Reichert (Klausbergstraße 2 u. 3). Buchbinder Roth und Antonie Mertin (Jägerplatz 32). Markscheider Sommerlatte und Olga Dudek (Groß-Räschen u. Gr. Brunnenstraße 27a). Arbeiter Pötzsch u. und Frida Kotsch (Saalwerderstraße 14 und Trothaerstr. 68). Buchhalter Edner und Ottilie v. Ahlefeldt (Herderstraße 19). Sattler Kaul und Anna Gaudes (Hordorferstr. 1e und 7).

Geboren: Drechsler Ortlepp Tochter (Böckstr. 5). Arbeiter Neubert T. (Gr. Wallstr. 4). Feuerwehrmann König Tochter (Georgstr. 4).

Gestorben: Privatiere Rennenpfennig aus Belgern, 54 Jahre (Schillerstraße 11). Kaufmanns Müller Ehefrau, gebor. Schenk, 41 J. (Brandenburgerstraße 3). Maler Rost, 35 J. (Torstr. 53).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080331-14/fragment/page=0007

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Filialen in:

Halle a. S:

Geiststrasse 55, Ludwig Wuchererstrasse 59,
Schmeerstrasse 14, Steinweg 24.

Kinderwagen

nur beste Fabrikate
von **10.85** M. an.

Sportwagen

von **3.25** Mark an.

Bestes Leitzer Fabrikat.

Leopold **Nussbaum** Grosse Ulrichstr. 60/61.

Bad Wittekind.

Die Badesaison ist eröffnet.

Sool-, Moor-, Dampf-, Kohlensäure-, Schwefel- und alle andern medizinischen Bäder werden wochentags von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abend-, Sonntags bis 1 Uhr mittags verabfolgt — Alle Hall'schen Aerzte übernehmen Behandlung. Die medizinische Leitung liegt in den Händen des Herrn Geh. Sanitätsrat Dr. Mekus.

Möblierte Zimmer im Kurhause, im Badehause und in der Villa Margarete zu zivilen Preisen.

D. R. W. Z.

à Stück **63** Pfg.

Gute frische Molkerei-Butter

à Stück **60** Pfg.

D. R. W. Z.

à Stück **65** Pfg.

Hochf. Thür. Cervelatwurst u. Salami Pfund **120** Pfg.

F. H. Krause,

Gr. Ulrichstr. 44. Leipzigerstr. 16. Alter Markt 18. Gr. Steinstr. 39. Landsbergerstr. 8.
Thomasiusstr. 40. Steinweg 17. Bernburgerstr. 16. Burgstrasse 7. Reilstrasse 111.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Hofrat M. Richards.

Dienstag den 31. März:

190. Ab.-Vorstellung. 2. Viertel. Umtauschkarten gültig.

Novität! Novität!

Zum letzten Male:

Mit vollständig neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen.

Ein Walzertraum.

Operette in 3 Akten v. Strauß.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Mittwoch den 1. April:

191. Ab.-Vorstellung. 3. Viertel. Umtauschkarten ungültig.

Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten.

Carmen.

Große Oper in 4 Akten von Georges Bizet.

Leiterwagen! Kastenwagen!

Dauerhaftes Fabrikat!

Von Mk. **3.60** an b. Mk. **30.00**

Bis 10 Ztr. Tragkraft.

M. Bär.

Halloren-Kakao billiger:

Preis für 1 Pfund nur **1.00**

Dieser Kakao eignet sich zum täglichen Genuss und garantiere ich für reine, geschmackvolle Qualität.

Grossrösterei „Halloria"

Otto Bornschein.

Weissenfels.

Dienstmädchen aller Art sowie Groß- u. Klein-Knechte erhalten kostenlos Stellung durch

Friedr. Möbrstädt, Weißenfels, Leipzigerstr. 34
Gesindeverm. u. Stellenvermittler.

Malerlehrling sucht

A. Hummel, Germarstr. 27.

Orts-Krankenkasse II, Eisleben.

Montag den 6. April 1908 abends 9 Uhr in der „Bierhalle"

General-Versammlung.

Tagesordnung: Rechnungslegung pro 1907.

Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Einmaliges Angebot.

Geraer Kleiderstoffe.

Es ist mir wiederum gelungen, einen Posten Gerser Kleiderstoffe in modernsten Farben und Mustern, schwerer, prima Qualitäten, ganz vorzüglich im Tragen, weit unter Preis, zu erstehen.

Dieser Posten gelangt ab Dienstag, weit unter regulärem Wert, zum Verkaufe.

Diesmal ganz Besonderes in schwarzen Stoffen.

Preise ohne Konkurrenz!

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe, Olearius-strasse 5, I.

Kein Laden. — Am Holzmarkt, neben Kirchtreppe.

Alleinverkauf:

H. Schöning,

Grosse Steinstrasse 69.

Pfänder-Auktion.

Die im M. Wassermann'schen Privatleihamt, Alter Markt 30, verfallenen Pfandstücke Nummer 369801 — 384500 kommen am 9. u. 10. April zur Versteigerung. Einlösung bis 5. April.

Bankinstitut verkauft die Genossenschaftsdruckerei.

Sämmtlich's Walhalla-Theater

Jeden Abend 8¼ Uhr:

Elsa Malta, Deutschlands beste Konzertsängerin Stimmphänomen

Alexandroff-Truppe, 10 Personen, russische Sänger u. Tänzer.

Emil Buschmann, Aktueller Humorist.

G. Gobson, Kopfspringer.

Hopkins Miniaturzirkus „Der Weltstreiche".

Lona Lösch, Verwandlungstänzerin.

Yeotha et Captain Grade in ihrer Original-Szene: „Im Indianer-Camp".

Alfred Duskes lebende Photographien.

Kleine Preise.

Voranzeige.

Hierdurch zur gefl. Nachricht, dass in einigen Tagen das

AMERICAN-THEATER,

Direktion: Henry de Vry, mit sein m Gesamtfundus an Dekorationen, Requisiten und mech. Effekten hier eintrifft und im

Walhalla-Theater

e. Ensemble-Gastspiel arrang.

Mittwoch d. 1. April:

Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

A. d. ungemein reichhalt. Repertoir bes. hervorzuheben:

Die 3 GOLDENEN JUNGFRAUEN

All. Näh. d. Anschlagszettel.

Tapeten,

nur neueste Muster, z. anerkannt billigsten Preisen.

Walter Sommer, Leipz.-Str. 22 oberhalb d. Turmes.

Straßenbahn w. vergütet.

Fabrik-Rest-Posten

weit unter Wert.

Gardinen, Stores, Spitzen, Portieren u. best. Kanten, Läufer, Teppiche, Vorleger, Tischdecken, Möbel-Kreppe

17 Leipzigerstrasse 17

eine Treppe. Kein Laden.

Naumburg.

Turnverein „Gut Heil".
(Mitgl. d. Arbeit.-Turnerbundes).

Turnstunden:
Dienstags und Donnerstags im Schwarzen Adler.
Donnerstags: Versammlung.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Nur noch 2 Tage!

Gastspiel des

Tegernseer Bauerntheaters.

Heute, Montag, z. letzten Male:

Almenrausch u. Edelweiss.

Volksstück m. Gesang u. Tanz in 5 Akten v. Hans Neuert.

Dienstag d. 31. März

Abschieds-Benefiz

für **Berti Schultes,**

Direktor des „Tegernseer Bauern-Theaters".

„Der Lehrer von Seespitz"

Volksstück m. Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Christ. Flüggen.

Der Pfarrer: Ge. Berti Schultes.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Ab Mittwoch, den 1. April:

Gastspiel des „Hamburger **Metropol-Theaters".**

Spielleit.: R. Braun-Ewald.

Stürmischer Lacherfolg! Sensations-Novität!

Ganz der Papa!

(Le fils à Papa.)

Schwank in 3 Akt. v. Antony Marx u. Maurice Desvallières. Deutsch von Max Schönau.

Kassen-Magnet des Berliner Residenz-Theaters.

1. Akt: Ganz der Papa!
2. Akt: Eine tolle Nacht!
3. Akt: Die Folgen bessen!

Gewöhnliche Preise!

Wanzen-Tinctur

Mittel gegen **Wanzen** u. deren Brut allein echt bei

Max Rädler,

nur Raumischestrasse 2, Ecke Sternstrasse.

Hustenbonbon,

tägl. frische Fabrikation empfiehlt ¼ Pfund zu 10 Pfennig.

Fr. Donner,
Gr. Steinstr. 68, Leipzigerstr. 65.

Restaur. Zum Krug,

Herrenstr. 25.

Kräftigen Mittagstisch zu 50 Pf.

G. Görges.

Tüchtige **Steinsetzer** werden sofort eingestellt.

H. Knoechel,

Schillerstraße 45.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Scherb. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080331-14/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 77. Halle a. S., Dienstag den 31. März 1908. 19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

133. Sitzung. Sonnabend, den 28. März 1908, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Die dritte Etatlesung wird fortgesetzt beim Etat für das

Reichsamt des Innern.

Dazu liegt eine Resolution Arendt (Reichsp.) vor, auf Erhöhung und Vereinheitlichung der Bezüge der Bureau-Beamten der dem Reichsamt des Innern untergebenen Aemter und der Reichsdruckerei.

Abg. Singer (Soz.): Nur infolge eines bedauerlichen Zufalls ist unsere Unterschrift unter der Resolution weggeblieben. Ich habe gerade in der Budgetkommission eine Erklärung der verbündeten Regierungen zugunsten der in dieser Resolution gestellten Forderungen hervorgerufen. Wenn die Gehälter nicht erhöht werden, so läuft besonders das Patentamt Gefahr, keine tüchtigen Beamten mehr zu bekommen. Und das könnte auch für die Industrie von schwerem Schaden sein. Ich bitte daher um sorgfältige Erwägung besonders dieser Frage.

Abg. Graf Carmer (kons.) hält die Erweiterung der Sonntagsruhe in offenen Handelsgeschäften für kleinere Städte für unangebracht.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Großstädte, Mittelstädte und plattes Land können nicht über einen Kamm geschoren werden (Sehr richtig! rechts), aber es ist wünschenswert, daß möglichst vielen Menschen ein freier Tag in der Woche verschafft wird, und das Publikum wird sich auch an die allmähliche Ausdehnung der Sonntagsruhe gewöhnen.

Abg. Becker-Arnsberg protestiert dagegen, daß der Abg. von Gamp das Zentrum für ein neues Zuchthausgesetz in Anspruch genommen habe. Der § 153 der Gewerbeordnung, der eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter darstellt, muß beseitigt werden; sollte das nicht geschehen, so muß gegen jeden Terrorismus, ob er von Unternehmern oder Arbeitern ausgeht, eingeschritten werden. Wir erheben Protest gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und verlangen vielmehr eine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht, (Bravo! im Zentr.), früher war man zu weitherzig bei der Gewährung von Renten; jetzt verfällt man in den entgegengesetzten Fehler. Wir ziehen paritätische Arbeiterkammern den einseitigen Arbeitskammern vor. Das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Berufsgenossenschaften ist nicht ganz unberechtigt; sehr wünschenswert wäre die Einsetzung eines paritätischen Entschädigungs-Ausschusses. Mit dem ewigen Geschrei über Rentensucht und Simulation macht man die soziale Gesetzgebung nicht populär. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hoch (Soz.): Der Zentralverband der Industriellen will gar keine Arbeitervertretung, weder Arbeiterkammern noch Arbeitskammern. Er will mit keinerlei Arten der Gewerkschaften zu tun haben. Ganz gewiß dürfen nicht Leute Renten bekommen, die keinen gesetzlichen Anspruch darauf haben; es sind aber wirklichen Invaliden die Renten entzogen worden. Wir können nur dann eine Besserung erwarten, wenn den Arbeitern selbst ein Einfluß auf die Entscheidung eingeräumt wird. — Der Abg. Mugdan verbeißt sich in der kleinlichsten Polemik gegen die Krankenkassenvorstände, die sich im Interesse der Versicherten den nach ihrer Ueberzeugung unberechtigten Anforderungen der Aerzte und des Dr. Mugdan nicht fügen wollen. In dem bedauerlichen Streit sind unerfreuliche Maßnahmen hüben und drüben unvermeidlich; es wird aber möglich sein, einen Boden zu schaffen, auf dem diese Differenzen leicht verschwinden. Dr. Mugdan hat aber nicht widerlegen können, daß der Streit sich nicht lediglich darum dreht, ob die Aerzte ihre Verträge mit der Aerzteorganisation oder den einzelnen Kassenvorständen abschließen sollen. — Sehr gefreut hat es mich, daß der Vorredner eine Reform der Unfallversicherung für wichtiger hält, als die Reform der Krankenversicherung im Sinne des Dr. Mugdan. — Man hat meine Ausführungen über die Seeberufsgenossenschaft angegriffen. Es ist nicht wahr, daß auch die allerkleinsten Verletzungen angemeldet werden; im Gegenteil kommt es, wie mir der Vorsitzende des Verbands der Seeleute mitgeteilt hat, in dem seemännischen Berufe sehr häufig vor, daß Leute aus Unkenntnis der Bestimmungen die Anmeldung ihrer Ansprüche versäumen. Jedenfalls ist das Anwachsen der Unfälle eine Tatsache, die sogar Dr. Heckscher bedauernd hat anerkennen müssen. Ganz gewiß lassen sich nicht alle Gefahren der Seefahrt beseitigen; wir haben der Fälle, in denen schwere Mängel in bezug auf die Maßregeln zum Schutz von Leben und Gesundheit der Seeleute festgestellt sind. In erschreckender Weise mehren sich die Fälle, in denen die allerschwersten Verstöße gegen die Bestimmungen zur Sicherung von Unfallsgefahren vorliegen. Auf dem Dampfer Neuenstein wurde eine Explosion dadurch herbeigeführt, daß eine ganze Masse feuergefährlicher Gegenstände über dem Kesselraum lagerte. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei den sportlichen Veranstaltungen werden die Unfallverhütungsvorschriften geradezu frivol mißachtet; das Vergnügen der großen Herren scheint höher zu stehen als Leben und Gesundheit der Arbeiter. — Die Regierung holt sich ihre Informationen immer von dem Unternehmer; dagegen war beim Seemannschutz-Kongreß vom Jahre 1906 kein Vertreter des Reichsamts des Innern anwesend, obwohl alle Gäste einschließlich der Kapitäne anerkennen mußten, daß die Verhandlungen sehr sachlich geführt wurden und eine Fülle belehrenden Materials brachten. Die Regierung sollte in ihrem Lobe der Berufsgenossenschaften etwas vorsichtiger sein. Unsere Pflicht ist es, die Wünsche der Arbeiter zur Sprache zu bringen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Giesberts (Zentr.) sucht die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz gegen die Vorwürfe des Abg. Sachse zu verteidigen und wünscht, daß die Landesversicherungsanstalten die Heime, Hospize usw. der katholischen und evangelischen Gesellenvereine mit Darlehen unterstützen. (Bravo! i. Zentr.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg sagt wohlwollende Prüfung der Anregungen des Vorredners zu und erklärt gegenüber dem Abg. Hoch, daß die Regierung sich nicht einseitig informiere.

Abg. Dr. Heckscher (Freis. Vgg.) wendet sich gegen Arbeiterkammern, spricht sich für paritätische Arbeitskammern aus, preist den praktischen Sinn der englischen Gewerkschaften und wirft unter Berufung auf Goethes Faust dem Abg. Hoch vor, daß er in unzulässiger Weise verallgemeinere.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Staatssekretäe hat bei der zweiten Lesung bestritten, daß die bekannte preußische Verfügung über den Legitimationszwang der ausländischen Arbeiter keinen Verstoß gegen die Reichsgesetze enthalte. Ich stelle gegenüber diesen Ausführungen nochmals ausdrücklich fest, daß die Verfügung gegen die Handelsverträge und gegen das Reichspaßgesetz verstoßt. Das Reichspaßgesetz schließt ausdrücklich für In- und Ausländer den Paßzwang aus. Es kann aber keiner Wortkünstelei gelingen, abzuleugnen, daß jene Verfügung den Paßzwang für ausländische Arbeiter einführt. Ferner beweist der Wortlaut der Verfügung, daß der Minister Preußens sich herausnimmt, Verfügungen für ganz Deutschland zu erlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun hat man gesagt, es handle sich nicht um eine Abgabe, sondern die 2 Mk. pro Kopf stellten die Kosten für die Ausfertigung des Ausweispapieres dar. Das Stückchen Papier mag vielleicht einen halben Pfennig Wert haben; den Arbeiter aber zwingt man, an einen Menschenhändler oder an eine Menschenhändler-Gesellschaft 2 Mk. zu zahlen. Hier wird eine Gebühr in flagrantem Gegensatz zum Wortlaut der Handelsverträge erhoben. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch seitens Oestreichs ist diese Ansicht geltend gemacht. Der Staatssekretär hat auch nicht widerlegen können, daß die Einschaltung des Landrats als erkennende Instanz für diese ausländischen Arbeiter im Widerspruch zu den Bestimmungen der Handelsverträge für die Ausländer einen anderen Rechtsweg schafft als für die Inländer. Der Staatssekretär sagt freilich, daß geschehe der Beschleunigung halber. Dann mag er doch für Beschleunigung des langsamen Rechtsweges sorgen. Formell liegt die Sache so, daß der Bundesrat wegen der Verstöße, die die Verfügung gegen Reichsgesetze enthält, auf Grund des Artikels 19 der Verfassung gegen Preußen zur Exekution schreiten müßte. Da es aber eine sonderbare Zumutung sein würde, vom preußischen Kaiser Exekution gegen Preußen zu verlangen (Heiterkeit), so ergibt sich, daß diese Exekutionsbestimmung nur auf dem Papier steht, daß Preußen eben der souveräne Staat in Deutschland ist. Das beweist ja auch die Ueberschrift der Verfügung. Wir wenden uns gegen diese Verfügung, weil durch sie ausländische Arbeiter zu Lohndrückern und Streikbrechern gegenüber den deutschen Arbeitern gemacht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Verfügung ist ein Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und ein würdiges Gegenstück zu dem Sprachen-Paragraphen des Vereinsgesetzes, der die ausländischen Arbeiter den Unternehmern als gefügige Streikbrecher überliefern soll. Geradezu schmachvoll sind die Verträge, die die deutsche Feldarbeiterzentrale für diese ausländischen Arbeiter ausarbeitet. In geradezu raffinierter Weise werden die ausländischen Arbeiter darüber im Unklaren gelassen, welche große Nachteile der Vertrag für sie bedeutet. In den Verträgen werden Lohnabzüge festgesetzt, die den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zuwiderlaufen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich möchte bei der Gelegenheit den Staatssekretär bitten, sich einmal um die elenden Wohnungen der Landarbeiter zu bekümmern, die schlimmer sind als Schweineställe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und dann kommen noch die Gutsbesitzer und klagen über den Vertragsbruch der Arbeiter. Aber der Kontraktbruch der Unternehmer wird in jenen Verträgen geradezu prämiiert (Hört, hört! bei den Soz.), da die Unternehmer die einbehaltenen Beträge erhalten. Die Folge der Verfügung wird sein, daß die elende Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland noch tiefer herabgedrückt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Möge der Staatssekretär die preußische Regierung anhalten, die Reichsgesetze zu achten, die doch auch für sie bestimmt sind, und keinen internationalen Vertragsbruch zu treiben (Bravo! bei den Soz.)

Die Resolution Dr. Arendt wird darauf angenommen.

Beim Titel Normaleichungsamt fragt Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) an, was nach Aufhebung der Gemeindeeichämter aus den dort angestellten Beamten werden soll.

Geheimrat Joncquières stellt in Aussicht, daß für die Beamten der städtischen Aichämter für den Fall ihrer Aufhebung Fürsorge getroffen werden soll.

Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt droht Abg. Dr. Rösicke (kons.) versteckt mit einer deutschen Neuauflage der französischen Winzerrebellion, wenn das neue Weingesetz nicht endlich kommen werde.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß der Entwurf bald publiziert werden soll.

Abg. Severing (Soz.): Abg. Heckscher hat sich über die englische Gewerkschaftsbewegung verbreitet. (Vizepräsident Dr. Paasche: Wir sind jetzt beim Reichsgesundheitsamt). Sie werden gleich den Zusammenhang erkennen. (Heiterkeit.) Die englische Gewerkschaftsbewegung ist von der deutschen überholt, und an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht heute Deutschland, nicht England. Etwas unterscheidet die englische Gewerkschaftsbewegung von der deutschen und darin ist sie sehr gesund. (Heiterkeit.) Sie ist von der englischen Regierung anerkannt. Der Reichskanzler, groß im Versprechen, hatte einer Deputation des christlich-nationalen Arbeiterkongresses erklärt, seine Aufmerksamkeit auf die Zustände in den Hütten- und Walzwerken richten zu wollen, besonders auf die dortigen Gesundheitsverhältnisse. Der preußische Handelsminister hat auch einige Hüttenwerke besucht; er war aber angemeldet und es sind ihm Potemkinsche Dörfer vorgeschwindelt worden. (Vizepräsident Dr. Paasche: Das gehört nicht zum Reichsgesundheitsamt!) Die Reichsregierung trägt daran Schuld, daß die Regelung die Untersuchung dieser Verhältnisse dem preußischen Handelsministerium übertragen worden ist. — Die Arbeitsverhältnisse in den Schleifereien müßten reichsgesetzlich und nicht durch Landesverordnungen geregelt werden, denn sonst werden die Betriebe je nach der sozialpolitischen Stellung der betreffenden Regierung ungleichmäßig behandelt. Ist doch z. B. Hessen weit mehr sozialpolitisch fortgeschritten als Preußen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Zubeil (Soz.): Eine Bundesratsverordnung hat den Arbeitgebern zur Pflicht gemacht, den Arbeitern das Merkblatt gegen die Bleiweißgefahr einzuhändigen. Die Verordnung ist aber auf dem Papier stehen geblieben und eine Reihe Unternehmerorganisationen forderten offen zur Umgehung der Verordnung auf., (Hört! Hört! bei den Soz.) Selbst die Vorstände von Staatswerkstätten haben auf die Verordnung gepfiffen (Hört! Hört! bei den Soz.) Man sollte nach holländischem Muster schlankweg das Bleiweiß verbieten, weil das giftfreie Zinkweiß ein vollwertiger Ersatz ist. Erfolgt das Verbot nicht, so wird sich bei den Arbeitern die Ueberzeugung festsetzen, daß es der Reichsregierung gleichgültig ist, ob Hunderte von Arbeitern dem Tode oder bleibendem Siechtum ausgeliefert werden. (Beifall bei den Soz.)

Ministerialdirektor Caspar wendet sich gegen ein völliges Verbot des Bleiweißes und behauptet, die Bundesratsverordnung gegen die Bleiweißgefahr habe sich durchaus bewährt.

Kleines Feuilleton.

Die lustige Witwe in Sarajevo. Aus Sarajevo wird der W. Arb. Ztg. berichtet: Die Aufführung der Lustigen Witwe bildete am 17. d. M. die Ursache großer Straßendemonstrationen in Sarajevo, bei welchen fünfzehn Personen, zumeist Mittelschüler, verhaftet und zwei Personen durch die Säbelhiebe der Polizisten leicht verwundet wurden. Das Organ der Serben, die Srpska Rijec fühlte sich gedrängt, zur Verteidigung der nationalen Gefühle des serbischen Volkes die Regierung in einem scharfen Protest aufzufordern, die „aufreizende" Lustige Witwe vom Theater-Repertoire abzusetzen zu lassen. Was eine hochweise Regierung jedoch vor Jahr und Tag zur Verhütung von Zusammenstößen aus eigenem Antriebe zu veranlassen für nötig fand, wurde heuer als überflüssig betrachtet. Galt es doch, die Staatsautorität zu zeigen! Und dieser haben das „kunstsinnige" Publikum Sarajevos den Genuß der Leharschen Operette und ein Dutzend unreifer Jungen die nähere Bekanntschaft mit dem Polizeiarrest zu danken. Während der ungestörte Verlauf der Theatervorstellung durch den Kartenvorverkauf an „unbedenkliche" Personen und Gewährung von „Freibilletts" an 100 Soldaten des 99. Infanterieregiments sowie auch durch Zernierung des Theaterlokals durch die Polizei gesichert worden war, demonstrierten vor demselben, dann beim Offizierskasino, bei der Katholischen Kathedrale und noch an mehreren andern Punkten der Stadt zweihundert bis dreihundert Serben gegen die Aufführung des Stückes; dabei wurden fortwährend nationale Lieder gesungen, die sich mit „Hoch Serbien! Hoch König Peter!" Abzug Bischof Stadler! sowie Schmährufen gegen die „Fremden" ablösten. Ein Teil der Demonstranten suchte auch in das Theater einzudringen, was jedoch nicht gelang. Es kam wiederholt zu heftigen Zusammenstößen der Demonstranten mit den Polizisten, die vom Leder zogen und auf die Menge einhieben, wobei zwei Verletzungen vorkamen und fünfzehn Arretierungen vorgenommen wurden. Ein Passant erhielt vom Polizeioffizial Mandic eine schallende Ohrfeige.

Die Verhafteten wurden in später Nachtstunde nach Abnahme des Nationales von der Polizei entlassen. Gegen alle wurde die Strafamtshandlung eingeleitet, was für die an der Demonstration beteiligt gewesenen Mittelschüler nebstbei die strafweise Entfernung aus den von ihnen besuchten Lehranstalten zur Folge haben wird.

Am 19. März fand eine Wiederholung der Lustigen Witwe statt, doch verlief der Abend trotz der von den „Sicherheits"-behörden getroffenen provokatorischen Vorkehrungen ohne jeden Zwischenfall, ohne eine einzige Arretierung.

In München tobt seit Wochen ein Kampf zwischen dem ehemaligen Kaimorchester und dem Hofrat Kaim und der Ausstellungsleitung, der insofern von einschneidender Bedeutung ist, als es sich dabei um das Existenzrecht der Musikerorganisation handelt. Der Bruch zwischen Dr. Kaim und dem Orchester entstand durch die Bezahlung und Behandlung, die ihm seitens einiger Dirigenten zuteil wurde; sie zwangen die Musiker, sich der Mittel der modernen Arbeiterbewegung, Arbeitseinstellung und Sperre zu bedienen. Darüber großes Geschrei in der bürgerlichen Presse. Solche Mittel anzuwenden, sei unkünstlerisch und verstoße gegen die guten Sitten. Ganz neu in diesem Kampfe ist aber ein Kartell aller bürgerlichen Zeitungen Münchens, das über das Tonkünstlerorchester die Sperre insofern verhängt hat, als sie sich verpflichteten, von diesen Konzerten keine Berichte und redaktionelle Mitteilungen zu bringen. Inserate werden jedoch aufgenommen. Das Eigenartige dieser Preßhilfe besteht darin, daß die verbreitetsten Zeitungen der Stadt lieber ihre Leser in Unkenntnis über künstlerische Darbietungen ersten Ranges lassen, als daß sie den Musikern gestatten, ihren Kampf ruhig auszufechten. Die bürgerlichen Zeitungen Münchens, die die Sache eigentlich gar nichts angeht, voran die Neuesten Nachrichten, zeigen damit, daß sie nichts als die Handlanger der herrschenden Cliquen und Klassen sind und auf die Kunst pfeifen, wenn der Profitsucht Einbuße droht.

ag. **Schwere Arbeit und Blinddarmentzündung.** Unter den Ursachen der Blinddarmentzündung werden bekanntlich immer und immer wieder Verletzungen, bestehend in einem Schlag oder Druck oder sonstigen heftigen Gewalteinwirkungen auf den Bauch, hervorgehoben. Zwei französische Aerzte, Dr. Jeanbeau und Dr. Anglada haben nach der Revue de chirurgie Untersuchungen angestellt, inwieweit diese Ansicht zu Recht besteht, die gerade für Arbeiter von einer außerordentlichen Wichtigkeit ist. Bei einem Menschen, dessen Wurmfortsatz gesund ist, können die geschilderten Gewalteinwirkungen eine Blinddarmentzüdung nicht hervorrufen, sondern sie können nur, wenn bereits eine chronische, schleichende Erkrankung des Wurmfortsatzes vorhanden ist, einen akuten Anfall mit Durchbruch des Eiters in die Bauchhöhle, Bauchfellentzündung und Tod bewirken. Der Unfall spielt gewissermaßen eine vorherbestimmende und erschwerende Rolle. Schon eine sehr geringe Gewalteinwirkung, ein Fall auf die Füße oder eine längere Erschütterung des Körpers, kann bei chronischer Erkrankung des Wurmfortsatzes das gleiche Ergebnis haben, weil dadurch Verwachsungen oder selbst die Wände des dem Durchbruch nahen Wurmfortsatzes zerrissen werden. Die größte Zeitdauer, innerhalb deren man als Ursache der Blinddarmentzündung eine derartige Verletzung noch annehmen darf, sind zirka 48 Stunden. Wenn nach Verlauf von zwei Tagen noch keine Erscheinungen aufgetreten sind, so muß man im allgemeinen die Verantwortung in bezug auf den Unfall als Ursache ablehnen. Wenn der Kranke von dem durch die Verletzung hervorgerufenen Unfall geheilt wird und dann, wie es ja vorzukommen pflegt, weitere Anfälle auftreten, so sind diese ausschließlich von der Erkrankung des Wurmfortsatzes abhängig und können der Verletzung nicht zugeschrieben werden. Vom Standpunkt der Unfallgesetzgebung lassen die Verfasser nach einem Referat in der „Münch. Medizin. Wochenschrift nur jene Fälle gelten, wo die durch die Verletzung verursachte Entzündung des Wurmfortsatzes eine Operation erfordert hat und der Kranke geheilt wird. Dann würde es sich um eine vorübergehende und nicht dauernde teilweise Arbeitsbeschränkung handeln.

§ 227. Seitens des Auswärtigen Amtes einer europäischen Macht ist vor kurzem in folgender Angelegenheit bei der Regierung einer anderen Macht Vorstellung erhoben worden. In einer der letzteren Macht gehörigen Hafenstadt Südafrikas wurde eines Sonntags ein Matrose eines daselbst vor Anker liegenden Kriegsschiffes der beschwerdeführenden Macht in sinnlos betrunkenem Zustande in einem Chausseegraben gefunden. Da die ebenfalls betrunkenen Polizeisoldaten ihn für tot hielten, wurde er in die dortige Leichenkammer gebracht. Man sargte ihn alsbald ein und brachte ihn auf den Kirchhof. Infolge des dort herrschenden Holzmangels finden für Armenleichen stets Särge mit herausziehbarem Boden Verwendung, daß heißt über der offenen Grube wird der Boden aus dem Sarg herausgezogen, die Leiche fällt in die offene Grube, und der Sarg kann bei der nächsten Gelegenheit wieder verwendet werden. Infolge des Sturzes erwachte nun der angeblich Tote und fing an, furchtbar zu schreien und zu lärmen. Die Folge war eine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis auf Grund § 227 des dortigen Strafgesetzbuches. Als man im Auswärtigen Amte des Heimatstaates das betreffende Strafgesetzbuch nachschlug, fand man, daß die Verurteilung auf Grund des Paragraphen erfolgt war, welcher eine mindestens dreimonatliche Gefängnisstrafe für denjenigen androht, welcher durch Lärmen oder Schreien eine gottesdienstliche Handlung oder eine Beerdigung stört. (Simplizissimus.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080331-14/fragment/page=0009

Abg. Lehmann (Wiesbaden) (Soz.): Der Herr Regierungsvertreter unterschätzt die Gefahr der Bleiweißvergiftung. Eine Reihe Zuschriften aus meinem Wahlkreise klagen über ungenügende Aufsicht der Gewerbeinspektoren in dieser Beziehung. Von einem Rückgang der Erkrankungen infolge von Bleiweißvergiftungen kann keine Rede sein. Ein Verbot der Bleiweißverwendung ist sehr wohl durchführbar. — Das jetzige Weingesetz, das Sartoriusgesetz (Heiterkeit) reicht nicht aus. Die Weinfälschung müßte genau so verfolgt werden wie die Milchfälschung. (Bravo! bei den Soz.)

Beim Kapitel Reichsversicherungsamt verteidigt Abgeordneter von Saldern (kons.) die Berufsgenossenschaften gegen die von verschiedenen Seiten gegen sie erhobenen Vorwürfe.

Abg. Erzberger (Zentr.) verlangt eine Denkschrift über die Ausleihung von Kapitalien der Versicherungsanstalten. Man sollte noch mehr als bisher durch diese Kapitalien die Handwerker-Genossenschaften unterstützen. In den Heilstätten ist zu wenig Seelsorge. Auch sollte mehr Krankenpflegepersonal ausgebildet werden. (Bravo!)

Vizepräsident Kämpf teilt dem Hause das Ableben des regierenden Bürgermeisters von Hamburg Dr. Mönckeberg mit. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Abg. Everling (natl.) beschäftigt sich ebenfalls mit der Seelsorge in den Heilstätten, und verbittet sich Zwischenrufe des Abg. Erzberger (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Cuno (Freis. Vpt.) will keine konfessionellen Streitigkeiten, und keine zu große Spezialisierung gewisser Gewerbekrankheiten mit entschädigungspflichtigen Unfällen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, in der sich namentlich die Abgeordneten Everling, Erzberger und Dr. Mugdan über die konfessionellen Verhältnisse des weiblichen Personals in Heilstätten unterhalten, wird der Rest des Etats des Reichsamts des Innern bewilligt, worauf das Haus die Weiterberatung der dritten Etatslesung auf Montag 11 Uhr vertagt.

Schluß 7½ Uhr.

Aus den Nachbarkreisen.

Wenn ihr Patrioten seid .....!

In Preußen-Deutschland sind bekanntlich alle Menschen vor dem Gesetze gleich! Die gesetzlichen Bestimmungen gelten für den einen, wie für den andern. So sagt man wenigstens denjenigen, die da am gleichen Recht zu zweifeln wagten. Glauben die Zweifler es trotzdem nicht, nun dann haben sie in einsamer Zelle oft Zeit genug, über das gleiche Recht nachzudenken.

Wir haben schon mehrfach über den behördlichen Kampf gegen die Arbeiterturnvereine berichten müssen. Besonders wandte man in letzter Zeit die berühmten Zöglingsverbote an, um den Arbeitervereinen das Leben schwer zu machen. Auch in Bleicherode erhielten die drei dort bestehenden Turnvereine — einer gehört dem Arbeiterturnerbund an — vom Bürgermeister die Nachricht, daß nach dem Gesetz von den Jahren 1834 und 1839 die Erteilung von Turnunterricht an jugendliche Personen von der Erlaubnis des Schulinspektors abhängig sei. Bis zur Erteilung dieser Erlaubnis müsse er den Unterricht untersagen. Daraufhin suchten sämtliche drei Vereine um die Erlaubnis nach, und der Effekt war: **die deutschen Turner konnten in der bisherigen Weise weiter turnen, während dem Arbeiterturnverein die Genehmigung untersagt wurde mit dieser Begründung:**

Bleicherode, d. 18. 3. 08.

An
den Löbl. Vorstand des Turnvereins „Friesen"
Hier.

Dem Turnverein „Friesen" kann ich die Genehmigung zur Erteilung von Turnunterricht an jugendliche Personen **nicht gewähren, da er sich dem „Arbeiterturnerbund" angeschlossen** hat, der zweifellos auf **sozialdemokratischem** Boden steht, also eine **revolutionäre Organisation** ist.

Sollte der Turnverein „Friesen" den Nachweis erbringen, daß seine Veranstaltungen von einem **patriotischen, deutschnationalen** Geiste getragen werden, bin ich gern bereit, die nachgesuchte Genehmigung zu erteilen.

Die Königl. Ortsschulinspektion.
Riechling.

Offenherziger konnte der Schulinspektor bald nicht sein. Bisher forderte man den Nachweis der „moralischen und sittlichen Befähigung", jetzt ist das nicht mehr notwendig. Werdet „Patrioten", erfüllt von echtem „deutsch-nationalem Geiste", dann braucht ihr keine sittliche und moralische Befähigung nachzuweisen.

Die Erlaubnis des Unterrichts wird verweigert, weil der Turnverein nach Ansicht des Schulinspektors sozialdemokratischer Tendenz ist. Derartige Beurteilung der Tendenz haben wir in letzter Zeit mehrfach zu verzeichnen gehabt. Wir sind aber auch schon davon „überzeugt" worden, daß keineswegs immer eine doppelte Beurteilung vorliegt, wenn man dem einen etwas erlaubt, was dem andern verboten wird. Da sollen mitunter auch Momente vorliegen, die in der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit 2c. pp. begründet sind. So wird's wohl auch hier sein. Der Turnverein ist eine revolutionäre Organisation, die den Zöglingen eventuell praktischen Unterricht im Barrikadenbau erteilen lassen könnte. Da ist es doch wohl jedem verständlich, wenn einer so gefährlichen Organisation der Unterricht im Interesse des Staatswohles verboten wird. Wem das nicht verständlich ist, nun dem können wir auch nicht helfen!

Zeitz, 29. März. Herr Modelltischler Otto Schumann, Steinstraße 3, berichtigt laut § 11 des Preßgesetzes folgendes: „Ich soll in Herbergen für die Firma Arbeiter angenommen und von meiner Wohnung aus der Firma zugesandt haben, mit 50—60 Pf. Stundenlohn Versprechen. Davon ist mir nichts bekannt."

Herr Schumann hat in seiner Berichtigung noch andere Sachen berührt, die uns jedoch nichts angehen. Wir bringen aus seiner Berichtigung nur das, was sich auf unsere Notiz in Nr. 78 bezieht. Die Antwort überlassen wir der Streikleitung.

Zeitz, 29. März. Der Theaterabend des Sozialdemokratischen Vereins am Sonnabend verlief in ausgezeichneter Weise. Die beiden von unserm Genossen Ewald Nebe verfaßten Stücke kamen wirkungsvoll zur Geltung. Jede einzelne Rolle wurde von den Mitgliedern der Theatergesellschaft des Herrn Langer lebenswahr wiedergegeben. Und da die Sprache, die in beiden Stücken geführt wird, von jedem Zuhörer verstanden wird, folgten diese den Aufführungen in lebhaftester Aufmerksamkeit bis zum Schluß und spendeten den Darstellern den wohlverdienten Beifall. Der Inhalt des Stückes ist ja bekannt, so daß wir heute denselben nicht nochmals wiedergeben brauchen. Nach dem Theater hielt ein Tanz eine große Anzahl der Erschienenen noch lange in voller Gemütlichkeit beisammen. Der Saal war gedrängt besetzt, die ausgegebene Zahl von 850 Billetts war schon am Mittag des Sonnabend verkauft, so daß mancher, der sich nicht rechtzeitig damit versehen hatte, keinen Zutritt finden konnte. Hoffentlich sehen dieselben sich beim nächsten Mal besser vor.

Zeitz, 29. März. (E. B.) Verhaftet wurde hier am Freitag abend der Korbmacher Christian Häuber, Steinsgraben wohnhaft, der an Kindern wiederholt Sittlichkeitsvergehen vorgenommen hat. Der über 60 Jahre alte Wüstling betrieb seine Schandtaten so offen, daß Nachbarn die Handlungen durch die Fenster beobachten konnten, ja er schloß die Tür zur Wohnung nicht einmal ab. Durch Hausbewohner wurde die Polizei auf sein Treiben aufmerksam gemacht. H. war auch ein starker Alkoholiker, das dürfte sein Vergehen begreiflicher machen.

Gleina b. Zeitz, 29. März. (Wahlsieg.) In der dritten Klasse wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat gewählt. Genosse Bittcher siegte mit 18 gegen 2 Stimmen.

Delitzsch, 28. März. (E. B.) Eine erhebliche Strafe wegen Rückfalldiebstahls erhielt von der Strafkammer Halle die erst 20jährige Aufwartefrau Emma Pflaum von hier. Die Angeklagte hatte im Februar d. J. eine Frau, die sie im Delitzscher Gefängnis kennen gelernt hatte, nach Verbüßung ihrer Strafe besucht und den Eheleuten, die sie freundlich aufgenommen hatten, die ganzen Ersparnisse in Höhe von 291 Mk. weggenommen. Ferner entwendete sie einem Gemeindearbeiter 50 Mk., einen Siegelring und ein Beinkleid und mehreren Bekannten in Bitterfeld und Umgegend allerhand Kleidungsstücke. Zu ihrer Entschuldigung führte die Angeklagte aus, daß sie von ihrem Manne getrennt lebe und in Not gehandelt habe. Sie wurde wegen Diebstahls in sechs Fällen und Unterschlagung zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Bitterfeld, 28. März. (E. B.) Gewerbliche Tätigkeit oder Dienstboten-Verhältnis? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Strafkammer in der Sache des Kaufmanns Paul Polko von hier. Er hatte einen früheren Böttcherlehrling als Laufburschen engagiert und dann den jungen Mann auf Wunsch vom Besuch der Fortbildungsschule ferngehalten. Die Anklagebehörde war nun der Ansicht, der Kaufmann hätte den früheren Lehrling auch ferner noch zum Besuch der Fortbildungsschule schicken müssen, und verlangte, daß Polko mit 3 Mk. bestraft wurde. Das Schöffengericht in Bitterfeld wie auch die Strafkammer Halle stellten sich aber auf den Standpunkt, der Lehrling sei im Sinne der Gewerbeordnung kein gewerblicher Arbeiter mehr, sondern stehe im Dienstbotenverhältnis, infolgedessen der Beschuldigte freizusprechen sei.

Landsberg, 30. März. (E. B.) In Sietzsch erhängte sich gestern der auf dem Gute beschäftigte Tagelöhner Otto Mähnert. Ihm stand am 1. April die Entlassung bevor, und das soll ihn schwermütig gemacht haben.

Ramsin, 28. März. (E. B.) Wahlergebnis. In der dritten Klasse wurde hier Genosse K. Dietze mit 34 gegen 2 Stimmen gewählt. In der zweiten Klasse siegte Buchhalter Junge und in der ersten ein Bergwerksdirektor. Die Gemeindevertretung besteht jetzt aus 1 Direktor, 2 Buchhaltern, 1 Brikettmeister, 2 Bäckermeistern, 2 Gutsbesitzern, je 1 Handelsmann, Maurer, Grubenarbeiter und Gärtnereibesitzer.

Aufruf!

Der Besitzer der bekannten Zeitschrift **Nach Feierabend**, Herr Meyer in Leipzig, fühlt sich durch die Notiz in Nr. 36 des Volksblattes, in welcher wir seine Ernennung zum königlich bayrischen Kommerzienrat mitteilten und dabei unsere Meinung über sein Blatt und die damit verbundenen Versicherungspraktiken kurz aussprachen, beleidigt und hat gegen unseren Kollegen Ernst Däumig Privatklage erhoben. Um Herrn Meyer bei der Verhandlung mit recht ausgiebigem Material dienen zu können, richten wir an unsere Freunde und die Leser des Volksbl., die mit der Versicherung des Feierabend schlechte Erfahrung gemacht haben, die Bitte, diese ihre Erfahrungen und alles, was sonst über die Feierabend-Versicherung zu ihrer Kenntnis gelangt ist, unter genauer Angabe ihrer Adresse der Redaktion des Volksblattes mitzuteilen. Gleichzeitig ersuchen wir um Mitteilung von Fällen, in denen die Agenten und Vertreter der Zeitschrift Nach Feierabend beim Abonnentenfang das Volksblatt beschimpft und verächtlich gemacht haben.

Ferner bitten wir diejenigen **Parteiblätter**, die wegen der Feierabend-Versicherung bereits Prozesse gehabt haben, uns das ihnen zur Verfügung stehende Material übersenden zu wollen. Die Redaktion des Volksblattes.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 30. März.

Unsere Liberalen.

Freitag abend hielt der hiesige Verein der Liberalen eine Versammlung ab. In dieser beschäftigte man sich nicht etwa mit der Haupt- und Kardinalfrage deutscher und preußischer Politik, dem preußischen Wahlrechtskampfe, bei Leibe nicht! Diese Frage hat für unsere „doll und ganz und unentwegt" Freisinnigen nur nebensächliche Bedeutung, so nebensächlich, daß man sie so im Vorbeigehen unter der Tagesordnungsrubrik „Vermischtes" streifte. Der Versammlung wurde die Mitteilung gemacht — Herr Stadtrat Richter, dessen „liberales" Vorgehen der Arbeiterschaft von verschiedenen Stadtverordnetenwahlen her in Erinnerung sein wird, hatte den Vorsitz —, daß der bisherige politische Redakteur der Saalezeitung, Herr Dr. Wichmann, provisorisch die Funktionen eines freisinnigen Parteisekretärs übernommen habe. Wir halten den Herrn Dr. Wichmann für den geeignetsten Mann für einen derartigen Posten. Er hat während der letzten Reichstagswahlkampagne im Sinne der „nationalen" Blockpolitik gegen die Sozialdemokratie gehetzt und geschürt in einer Weise, um die ihn der skrupellosete Agitator des Reichsverbandes beneiden könnte. Einen begeisterteren Lobredner der „Liberalen Aera" des Fürsten Bülow, als Herrn Dr. Wichmann, konnte es nicht geben. Wer es fertig gebracht hat, dank seiner gründlichen akademischen Bildung, Sätze zu verbrechen wie: „Den sozialdemokratischen Terrorismus hat das deutsche Volk es zuzuschreiben, daß es zum Agrarstaat gedrängt worden ist"; oder: „die Sozialdemokratie will die geistige Schändung und die geistige Knechtung des deutschen Volkes", usw. usw., wer, wie Herr Dr. Wichmann das Wörtchen „national" in wenigen Wochen mindestens einige Tausendmal anzuwenden wußte, der hat den Befähigungsnachweis erbracht, daß er in Halle die liberale Politik nach den „bewährten Grundsätzen" der freisinnigen, mit königlich preußischen Orden geschmückten Herren Wiemer, Müller-Meiningen, Mugdan e tutti quanti zu leiten imstande ist. Hier steht wieder einmal der rechte Mann am rechten Platze. Auch wir können mit einem solchen „liberalen" Parteisekretär zufrieden sein.

Herr Dr. Wichmann hielt dann einen Vortrag über das Thema: **Landflucht und Kolonisation**, gewiß ein wichtiges Thema, aber doch angesichts der wichtigeren Wahlrechtsfrage von recht sekundärer Bedeutung. Der Redner wandte sich nach dem Berichte der hiesigen Blätter gegen die Konservativen und deren Haltung in der Landarbeiterfrage, gegen dieselben Konservativen, die er einst in seinem Block-Haurungstriebe nicht brünstig genug anschwärmen und verhimmeln konnte. Ja, als seinerzeit in einigen liberalen Blättern vor der konservativen und agrarischen Blockfreundschaft gewarnt wurde, da war es Herr Dr. Wichmann, der echt „liberalen" Zornes voll schrieb: „Das wirre Geredt von „Reaktion" kann niemandem imponieren."

Als letzten Punkt der Tagesordnung behandelte die Versammlung die Landtagswahlen. Derselbe konnte, so schreiben die hiesigen „liberalen" Blätter, „kurzer behandelt werden, zumal seit geraumer Zeit bereits eine vollkommene Einigkeit über die einzuschlagenden Schritte erzielt worden ist." Und worin besteht diese „Einigkeit"? Sie besteht darin, daß sich für die Landtagswahlen hier in Halle sogenannte Wahlrechtsfreunde — die Freisinnigen — mit ausgesprochenen Wahlrechtsfeinden — den Nationalliberalen zu einem engen Schutz- und Trutzbundnisse zusammengetan haben. Die Wahlrechtsfreundschaft der hiesigen Freisinnigen erscheint so im schönsten Lichte. Gerade hier in unserer Stadt zeigt es sich, wie falsch, verlogen und heuchlerisch sich der Freisinn zur preußischen Wahlrechtsfrage stellt. Es ist gut, daß die Hallesche Arbeiterschaft für den beginnenden Landtagswahlkampf das klägliche Doppelspiel unserer Freisinnsmannen gleich richtig durchschaut. Hoffentlich gehen auch wirklich ehrlichen Feinden der preußischen Dreiklassenschmach in bürgerlichen Kreisen die Augen darüber auf, daß mit Wahlrechtskämpfern, die Arm in Arm mit den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden in die Schlacht ziehen, der preußischen Reaktion auch nicht ein Härchen gekrümmt wird. Die einzige zuverlässige und konsequente Vorkämpferin im Streit um ein freies Wahlrecht ist und bleibt die Sozialdemokratie. Wie unsere Freisinnigen ihre angebliche Wahlrechtsfreundschaft mit den ultra-reaktionären Pluralwahlrechtsabsichten der Nationalliberalen in Einklang bringen wollen, wird ihnen wohl ewiges Geheimnis bleiben, dessen Schleier auch der neue „freisinnige" Parteisekretär, Herr Dr. Wichmann, nicht wird lüften können.

Irrender Polizeisergeant.

Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß Polizeisergeanten als Zeugen vor Gericht zuweilen ein Uebergewicht von Glaubwürdigkeit beigelegt wird, das sie durchaus nicht verdienen. Bei jeder Polizeiaussage, die einer anderen Aussage gegenübersteht, sollte man nicht allzusehr auf die Uniform schauen, sondern erwägen, daß der Polizist auch nur ein Mensch ist, der Irrtümern und Schwächen unterworfen ist, wie jeder „gewöhnliche" Zivilist. Wie häufig ist schon eine einzige Polizeiaussage mehreren Zivilpersonen zum Verhängnis geworden. Lehrreich nach dieser Hinsicht war eine am Freitag vor der Strafkammer stattgehabte Verhandlung, über die wir bereits einmal, als sie vor dem Schöffengericht stattfand, berichteten.

Der Gastwirt Dommershausen hatte von der Polizei ein Strafmandat wegen sog. Ueberkippps erhalten, weil er in der Nacht vom 4. bis 5. Januar ds. Js. in seinem Lokal in der Blücherstraße bis 2 Uhr 35 Min. Gäste geduldet haben sollte. Er bestritt dies, beantragte gerichtliche Entscheidung und erzielte seine Freisprechung, da die Sache vor dem Schöffengericht nicht genügend aufgeklärt erschien. Gegen dieses Urteil hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt, um doch noch eine Bestrafung des Gastwirts zu erzielen. Vor dem Berufungsgericht drehte es sich, wie vor der ersten Instanz, um die Frage, ob der Polizist in jener Nacht einige Minuten nach 2 Uhr oder um 2 Uhr 35 Minuten des Angeklagten Lokal betreten hat. Der Angeklagte behauptet mit Bestimmtheit, der Beamte sei kurz nach 2 Uhr in das Lokal gekommen, als die Gäste bereits weggehen wollten. Der Beamte habe gesagt, es ist 2 Uhr durch, der Wachtmeister wird bald vorbeikommen. Zwei in dem Lokal anwesende Zeugen, ein Kellner und ein Student, hätten sofort nach der Uhr gesehen und festgestellt, daß es einige Minuten nach 2 Uhr gewesen ist. Die beiden Zeugen bestätigten die Angaben des Angeklagten, behaupten, daß ihre Uhren stets richtig gegangen wären, und das Gericht überzeugte sich auch in der Verhandlung, daß die Uhren der Zeugen richtig gingen. Schon in der vorigen Verhandlung kam zur Sprache, daß der Kellner dem Polizist in jener Nacht zwei Zigarren gegeben hat. Wir erwähnten damals davon absichtlich nichts, weil wir es durchaus nicht für ein „Verbrechen halten, wenn ein Polizist einmal ein paar Zigarren oder ein Glas annimmt. Ueber solche Kleinigkeiten sollten auch die Vorgesetzten hinwegsehen. In der Berufungsverhandlung spielte aber die Zigarrenschenkung eine ziemliche Rolle. Während der Kellner aussagte, er habe dem Polizisten die Zigarren, die er um 2 Uhr kaufte, bei dem Verlassen des Lokales gegeben, erklärte der Polizist zunächst, er habe die Zigarren überhaupt nicht bekommen. Als ihm dann der Zeuge energisch gegenübertrat, meinte der Beamte, die Geschichte mit den Zigarren sei ihm „unbewußt", er könne sich der Sache „gar nicht erinnern". Schließlich wurde auch noch erklärt, der Polizist habe nach der Erstattung der Anzeige gebeten, man möge die Sache mit den Zigarren nicht in die Verhandlung hineinziehen, und der Kellner möge aussagen, die zwei Zigarren habe er selbst geraucht.

Der Wirt beschwerte sich besonders über die scharfe Kontrolle durch die Polizei und meinte, der Polizist habe ihm nach der ersten Verhandlung einmal zugerufen: „Ich kriege Sie doch schon einmal". Der Polizist sagte wieder aus, er habe in fraglicher Nacht um zwei Uhr seinen Patrouillengang an der Lindenstraße begonnen, sei durch die Landwehr-, Königstraße 2c. gegangen und dann um 2 Uhr 35 Minuten im Lokale des Angeklagten eingetroffen. Zeuge behauptete ebenfalls, seine Uhr gehe stets richtig; er habe sie bei dem Beginn des Patrouillenganges um 2 Uhr genau gestellt. Der Student und der Kellner hingegen erklärten, es sei gänzlich ausgeschlossen, daß ihre Uhren in betreffender Nacht falsch gegangen wären. Als ein Wachtmeister aber bekundete, es sei ebenfalls gänzlich ausgeschlossen, daß der Polizist gleich nach 2 Uhr in dem Lokale des Angeklagten gewesen sein könne, da er den Polizisten um 1 Uhr 55 Minuten noch in ziemlicher Entfernung von dem Lokale des Angeklagten auf der Straße getroffen habe, meinte der Angeklagte, von der Polizei sei versucht worden, auf den Studenten als Zeugen in ungünstiger Weise einzuwirken. Der Student erklärte hierzu auf Befragen, er habe das Vorgehen des Wachtmeisters gegen ihn gelegentlich einer Vernehmung als eine indirekte Zeugenbeeinflussung angesehen. Der Wachtmeister habe wiederholt gesagt, was der Student aussagen wolle, erscheine ausgeschlossen und unrichtig. Der Staatsanwalt gab den Aussagen der Polizeibeamten den Vorzug und beantragte gegen den Angeklagten 9 Mk. Geldstrafe. Das Berufungsgericht kam aber wieder zur Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung hieß es, das Gericht habe keine volle Ueberzeugung darüber bekommen, welche Zeugengruppe sich geirrt habe. Ein gewisses Uebergewicht hätten aber die Entlastungszeugen, da der Polizeibeamte sich in der Zigarrenangelegenheit geirrt haben müsse, denn er habe schließlich zugegeben, sich der Sache nicht mehr erinnern zu können.

(Fortsetzung des lokalen Teiles in der 1. Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Herz 42/43, Hof, 2 Treppen.
Sprechstunden: Vorm. 9 11½ Uhr bis mittags 1½ Uhr und abends von 5 8 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190803 31-14/fragment/page=0010